

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements - Preis: pränumerando: Vierteljährlich 3,50 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage 25 Pf. Post 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1876.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Nummern und deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Beiträge und Veranlassungen 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf., (zwei bis drei fertige Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Civilanzeigen und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Morianplan, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 10. März 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Morianplan, Nr. 151 90-151 97.

# Erklärung des Kriegszustandes mit Portugal. Erstürmung des Forts und des Befestigungsabschnitts von Baur.

## Kriegssozialismus?

Man schreibt uns:

Das Wort ist in vieler Munde. Und manche Leute schwelgen förmlich in dem Gedanken an die wirtschaftlichen Errungenschaften, die uns der Verheerende Krieg auf diese m Gebiet gebracht habe. Wenn wir nicht irren, ist das Wort „Kriegssozialismus“ von sozialdemokratischer Seite geprägt worden; von jener, die im Kriege so sehr schnell „umgelehrt“ hat. Dann ist es sehr bald in den Sprachschatz jener Richtung von Professoren und bürgerlichen Sozialpolitikern übergegangen, die sich in den Bestrebungen des „Umlernens“ — richtiger Umwertens! — mit Sozialdemokraten treffen. Mit einem bemerkenswerten Eifer stürzten sie sich in einer Unmasse von Artikeln, die in allerhand Zeitschriften verstreut sind, auf das Schlagwort Kriegssozialismus, das das „Einigende“ so schön in den Vordergrund schiebt und geradezu zu einer Sammlungsparole aller „Einsichtigen“ — auf beiden Seiten — geworden ist. Und als — auch im „Vorwärts“ — sehr richtig und kühl diese Art Sozialismus in das rechte Licht gestellt wurde, da konnten die in ihrer Jähle gestörten guten Leute nicht genug darüber jürnen, daß eine immerhin beträchtliche Zahl von Sozialdemokraten — verbissene „Doctrinäre“ hat man sie wohl auch genannt — nicht mit umlernen wollten, sondern behaupteten, daß der Kriegssozialismus im Grunde genommen nichts weiter sei, als eine Vorpiegelung falscher Tatsachen.

Unter diesen Umständen ist eine Abhandlung recht lesenswert, die in zwei Abchnitten in der „Zeitschrift für soziale Wissenschaft“, jetziger Herausgeber Professor Dr. Ludwig Pohle von der Frankfurter Universität, vor kurzem abgedruckt wurde. Besonders bemerkenswert ist der zweite Aufsatz im Februarheft 1916, Verfasser ist Herr A. Woigt. Er behandelt das Thema: „Kriegssozialismus und Friedenssozialismus“ recht ausgiebig und zerstört mit gelassener Ruhe alle Illusionen, die da meinen, daß man ein gut Stück Kriegssozialismus als Anfang des wirklichen Sozialismus zum Segen der Menschheit mit in die hoffentlich noch einmal kommende Zeit des Friedens übernehmen werde. — Viel gerühmt wurde von den Umlernern und Kriegssozialisten aller Schattierungen besonders die große Organisationskunst, die sich in Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete gezeigt habe. Herr Woigt hat darüber eine ganz andere und nichts weniger als bewundernde Meinung. Er schreibt in dieser Beziehung (die Unterstreichungen rühren von uns her):

„Es waren eben die Notmaßnahmen, die man treffen mußte, auch auf die Gefahr hin, allerhand Mißgriffe und Fehler zu begehen. Zu besonderen Lobeserhebungen über diese Leistungen der deutschen Organisationsfähigkeit ist aber gewiß kein Anlaß. Man hat mehr Ursache, die Geduld des Publikums, mit der es alle diese Eingriffe in sein Selbstbestimmungsrecht ertrug, als die Methode ihrer Durchführung zu bewundern.“

Vor allem ist kein Anlaß, sie als vollkommen neue Errungenschaften und als eine neue, für die Zukunft vorbildliche Wirtschaftsordnung auszugeben. Von der seit jeder üblichen Art der Verfolgung der Verdüsterung in belagerten Festungen unterschieden sie sich nur durch den Umfang, nicht durch ihre Art... Diese Art Sozialismus wäre daher richtiger als Belagerungskommunismus, statt mit dem zu allgemeinen Namen des Kriegssozialismus zu bezeichnen... Bisher waren Belagererte regelmäßig froh, mit der Belagerung auch den durch ihr aufgezwungenen Kommunismus wieder los zu werden und wieder auf dem freien Markte ihren Bedarfsdecken zu können.“

Und von dem gehofften Einfluß auf die Volkswirtschaft in sozialistischer Richtung schreibt Herr W. weiter: „Wiesach vernimmt man auch die Meinung, daß nicht nur die Volkswirtschaft, sondern auch die Volkswirtschaftslehre durch die Erfahrungen dieses Krieges eine völlige Umwälzung erfahren müsse... Wie die Politiker müßten also auch die Vertreter der Wissenschaft umlernen... Der Theoretiker dagegen wird keinen Anlaß finden, seine bisherigen Anschauungen zu revidieren. Der erklärenden Theorie sind keine Erscheinungen entgegengetreten, die zu bewältigen ihr irgendwelche Schwierigkeiten bereitet, denen sie verständnislos oder ratlos gegenübergestanden hätte.“

Das wird dann in einzelnen noch weiter ausgeführt und dargetan, daß das wirtschaftliche Gebiete des Krieges die Anschauung von der Zweckmäßigkeit privatkapitalistischer Volkswirtschaft eher gestärkt als geschwächt habe. Uebrig bleibe als schlimmste Erscheinung nur der Kriegswucher, der aber mit dem Krieg wieder verschwinden werde, wie der ganze Kriegssozialismus auch.

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 9. März 1916. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Vielfach steigerte sich die beiderseitige Artillerietätigkeit zu größerer Lebhaftigkeit.

Die Franzosen haben den westlichen Teil des Grabens beim Gehöfte Maisons de Champagne, in dem gestern mit Handgranaten gekämpft wurde, wiedergewonnen.

Westlich der Maas sind unsere Truppen beschäftigt, die im Rabenwald noch befindlichen Franzosenester anzuräumen.

Westlich des Flusses wurde zur Abkürzung der Verbindung unserer Stellung südlich des Donaumont mit den Linien in der Boivre nach gründlicher Artillerievorbereitung das Dorf und die Panzerfeste Baur nebst zahlreichen anschließenden Befestigungen des Gegners unter Führung des Kommandeurs der 2. Reserve-Division, Generals der Infanterie v. Gurekly-Cornitz, durch die posenschen Reserve-Regimenter 6 und 19 in glänzendem nächtlichen Angriff genommen.

In einer großen Zahl von Luftkämpfen in der Gegend von Verdun sind unserer Flieger Sieger geblieben; mit Sicherheit sind drei feindliche Flugzeuge abgeschossen. Alle unsere Flugzeuge sind zurückgekehrt, mehrere ihrer tapferen Führer verwundet. Feindliche Truppen in den Ortschaften westlich und südlich von Verdun wurden ausgiebig mit Bomben belegt.

Durch den Angriff eines französischen Fliegergeschwaders im Festungsbereich von Metz wurden zwei Zivilpersonen getötet und mehrere Privathäuser beschädigt. Im Luftkampf wurde das Flugzeug des Geschwaderführers abgeschossen. Er ist gefangenengenommen, sein Begleiter ist tot.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Russische Vorstöße gegen unsere Vorpostenstellungen hatten nirgends Erfolg.

Wie nachträglich gemeldet wird, wurden die Bahnanlagen an der Strecke nach Miust, sowie feindliche Truppen in Mir in der Nacht zum 8. Februar von einem unserer Luftschiffe angegriffen.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

### Oberste Heeresleitung.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 9. März. (W. Z. B.) Amlich wird veröffentlicht: Russischer und sibirischer Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Südwestfront ist die Gefechtsintensität noch immer durch die Bitterkeit sehr eingeschränkt, nur im Abschnitt des Col di Lana und am San Michele kam es gestern zu lebhaften Artilleriekämpfen.

### Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.

v. Döcker, Feldmarschallleutnant.

Der Verfasser wendet sich wiederholt unter Nennung von Namen (z. B. Joffé) gegen die Gruppe von Kathedersozialisten, die besonders stark in Kriegssozialismus machen und die Deffentlichkeit von der Richtigkeit ihrer Ansicht zu überreden versuchen. Ihnen widmet er folgende Worte: „Sie, die sich als Herolde eines neuen kommenden Zeitalters fühlen und benehmen, sind in Wahrheit Nachzügler einer im Vergehen begriffenen Periode. Was sie zur Begründung ihrer Wirtschaftspolitik vorbringen, ist durchaus nichts Neues, sondern das selbe, was schon vor vierzig Jahren von den deutschen Kathedern herab verkündet wurde...“

Man hat ganz richtig bemerkt, daß der Krieg die Menschen verändert habe, und daß auf dieser Veränderung der ganze Kriegssozialismus beruhe. Die Veränderung bestand aber lediglich darin, daß das ganze Sinnen und

Trachten der Menschen auf das eine gemeinsame politische Ziel der siegreichen Beendigung des Krieges gerichtet war. Ist aber dieses der innere Zusammenhang, so ist klar, daß es sich nicht um eine dauernde Veränderung, um eine Erneuerung der Menschen handelt, sondern nur um eine vorübergehende Verschärfung der Interessen. Nach dem Kriege werden jene angestaunten neuen Menschen wieder die alten sein, ja, sie werden, wenn nicht alle Zeichen trügen, dann mit verdoppelter Energie das jetzt der Regierung Ueberlassene selbst in die Hand nehmen wollen.“

Der Mann zerstört Hoffnungen und Erwartungen; das muß man schon sagen. Er bewegt sich aber durchaus auf realem Boden unter nüchternen Würdigung der Tatsachen.

Im ersten Artikel gibt der Verfasser ziemlich unerschöpfen seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Weltkrieg den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht gebracht habe, womit früher auf sozialdemokratischer Seite sehr gerechnet worden sei. Das Nationalgefühl habe sich „stärker als alle internationalen Verbrüderungsgefühle“ erwiesen. Es sei eine Stärkung des Nationalismus auf allen Seiten zu verzeichnen. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung habe den Krieg ebenso gut vorbereitet, wie durchgeführt. — In diesen Ausführungen wird ganz unberücksichtigt gelassen, welche Stellung die Sozialdemokratie nicht nur vor sondern auch während und bei Ausbruch des Krieges zum Kriege eingenommen hat. Später wird eines der interessantesten Kapitel die Prüfung der äußerst wichtigen Frage sein, ob und inwiefern die Sozialdemokratie durch ihre Haltung im Kriege zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung beigetragen hat. Es ist natürlich, daß deren Lebenskraft in dem Maße wachsen mußte, in welchem die Widerstände sich verringern, mit denen man rechnete, als die Sozialdemokratie früher mit Ausbruch eines Weltkrieges den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft prophezeite. Wenn die Voraussetzungen fehlten oder ausgeblieben wurden, die dieser Prophezeie zugrunde lagen, so ist es eine billige Genugtuung, nun darüber Freude auszudrücken, daß sich die bestehende Gesellschaftsordnung so gut bewährt habe und sogar in ihrem Wesen noch gefräftigt aus dem Weltkrieg hervorgehe. Das alles kann jetzt ja nur flüchtig angedeutet werden. Zu wundern braucht man sich bei dieser Sachlage aber nicht, wenn die Vertreter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nun auch vom „Kriegssozialismus“ nichts wissen wollen. Und sie atmen erleichtert auf, da sie erleben, daß ihre Furcht vor der Sozialdemokratie unbegründet war. —

## Kriegszustand mit Portugal.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt: „Am 23. Februar hat die portugiesische Regierung die in portugiesischen Häfen liegenden deutschen Schiffe beschlagnahmt. Unmittelbar nach Bekanntwerden dieses Vorganges erhielt der Kaiserliche Gesandte in Lissabon Dr. Rosen Auftrag, gegen die Maßnahme zu protestieren und ihre Aufhebung zu verlangen. Die betreffende Note wurde am 27. Februar der portugiesischen Regierung übergeben. Ungeachtet dieser Tatsache verbreitete die portugiesische Regierung in Lissabon in ihrer offiziellen Presse die Nachricht, daß eine deutsche Protestnote überhaupt nicht existiere, in der portugiesischen Kongresssitzung leugnete der Justizminister sogar offiziell das Vorhandensein der Note ab. Die von dem Kaiserlichen Gesandten verlangte Richtigstellung der Presse ist unterblieben. Erst am 4. März erschien der hiesige portugiesische Gesandte im Auftrage seiner Regierung im Auswärtigen Amt, um eine Note zu übergeben, welche die deutsche Forderung ablehnte. Eine Abschrift dieser Note wurde am selben Tage dem Kaiserlichen Gesandten in Lissabon übergeben. Daraufhin erhielt dieser die Anweisung, der portugiesischen Regierung die nachstehend wiedergegebene Erklärung zugustellen. Die Uebergabe dieser Erklärung soll heute in Lissabon erfolgen. Eine Abschrift derselben wurde dem hiesigen portugiesischen Gesandten übermittelt.“

Seit Kriegsbeginn hat die portugiesische Regierung durch neutralitätswidrige Handlungen die Feinde des Deutschen Reichs unterstützt. Englischen Truppen wurde in vier Fällen der Durchmarsch durch Mozambique gestattet. Die Verfolgung deutscher Schiffe mit Kohlen wurde verboten. Ein neutralitätswidrig ausgeübter Aufenthalt englischer Kriegsschiffe in portugiesischen Häfen wurde zugelassen, England die Benutzung Madeiras als Flottenstützpunkt gewährt. Der Entente wurden Geschütze und Kriegsmaterial der verschiedensten Art, England überdies ein Torpedobootszerstörer verkauft. Deutsche Raubere wurden unterbrochen. Das Archiv des kaiserlichen Vizekonsulats in Mosambik wurde beschlagnahmt. Expeditionen wurden nach Afrika entsandt und offen als



gegen Deutschland gerichtet bezeichnet. In der Grenze von Deutsch-Südwest-Afrika und Angola wurde der deutsche Bezirksamtmann Dr. Schulze-Jena sowie zwei Offiziere und Mannschaften durch eine Einladung über die Grenze nach Kaulila gelockt, dort am 19. Oktober 1914 für verhaftet erklärt und, als sie sich ihrer Festnahme zu entziehen suchten, zum Teil niedergeschossen, die Überlebenden mit Gewalt gefangen genommen. Retrospektivmaßnahmen unserer Schutztruppe folgten. Von Deutschland abgegriffen, handelte die Schutztruppe in der durch das portugiesische Vorgehen hervorgerufenen Annahme, daß Portugal sich mit uns im Kriegszustande befinde. Die portugiesische Regierung remonstrierte wegen der letzteren Vorgänge, ohne die ersteren zu erwähnen, und beantwortete unser Verlangen, uns mit unseren Kolonialbehörden einen ungehinderten telegraphischen Telegrammverkehr zwecks Aufklärung des Sachverhalts zu verschaffen, überhaupt nicht.

Während der Kriegsbauer erging sich, unter mehr oder weniger offenkundiger Begünstigung durch die portugiesische Regierung, Presse und Parlament in gräßlichen Beschimpfungen des deutschen Volkes. In der Kammer Sitzung vom 23. November 1914 sprach der Führer der Partei der Evolutionisten in Gegenwart fremder Diplomaten sowie der portugiesischen Minister schwere Beleidigungen gegen Deutschland aus, ohne daß ein Einspruch seitens des Kammerpräsidenten oder eines Ministers erfolgt wäre. Der kaiserliche Gesandte erhielt auf seine Vorstellungen nur die Antwort, daß der betreffende Passus im offiziellen Sitzungsbericht nicht enthalten sei.

Wir haben gegen diese Vorgänge in jedem Einzelfalle protestiert sowie verschiedentlich die ernstesten Vorstellungen erhoben und die portugiesische Regierung für alle Folgen verantwortlich gemacht. Eine Remedur erfolgte jedoch nicht. Die kaiserliche Regierung hatte gleichwohl in langwieriger Würdigung der schwierigen Lage Portugals es bisher vermieden, ernstere Konsequenzen aus dem Verhalten der portugiesischen Regierung zu ziehen.

Am 23. Februar erfolgte auf Grund eines Dekrets vom gleichen Tage ohne vorherige Verhandlung die Beschlagnahme der deutschen Schiffe. Diese wurden militärisch besetzt und die Mannschaften von Bord geschickt. Die kaiserliche Regierung hat gegen diesen flagranten Rechtsbruch protestiert und die Aufhebung der Beschlagnahme der Schiffe verlangt.

Die portugiesische Regierung hat das Verlangen abgelehnt und ihre Gewaltmaßregel durch Rechtsausführungen zu begründen versucht. Sie geht davon aus, daß unsere durch den Krieg in portugiesischen Häfen festgelegten Schiffe infolge der Festlegung nicht dem Artikel 2 des deutsch-portugiesischen Handels- und Schifffahrtsvertrages, sondern ebenso wie anderes im Lande befindliches Eigentum der unumschränkten Gebietshoheit und damit dem unbeschränkten Zugriff Portugals unterlägen. Weiterhin aber meint sie sich innerhalb der Grenzen dieses Artikels gehalten zu haben, da die Requisition der Schiffe einem dringenden wirtschaftlichen Bedürfnis entspräche, auch in dem Beschlagnahmedekret eine später festzusetzende Entschädigung vorgesehen sei. Diese Ausführungen erscheinen als leere Ausschüfte. Der Artikel 2 bezieht sich auf jede Requisition deutschen, in portugiesischem Gebiete befindlichen Eigentums, so daß es dahingestellt bleiben kann, ob die angebliche Festlegung der deutschen Schiffe in portugiesischen Häfen ihre Rechtslage verändert hat. Den genannten Artikel hat aber die portugiesische Regierung nach doppelter Richtung verlegt. Einmal hat sie sich bei der Requisition nicht in den vertraglichen Grenzen gehalten, da Artikel 2 die Befriedigung eines staatlichen Bedürfnisses voraussetzt, während die Beschlagnahme offenbar unverhältnismäßig mehr deutsche Schiffe getroffen hat, als zur Befriedigung des Schiffsraumangehens für Portugal erforderlich war. Sodann aber macht der Artikel die Beschlagnahme der Schiffe von einer vorhergehenden Vereinbarung abhängig, während die portugiesische Regierung nicht einmal versucht hat, sich mit den deutschen Reedereien unmittelbar oder durch Vermittlung der deutschen Regierung zu verständigen. Das ganze Vorgehen der portugiesischen Regierung stellt sich somit als ein schwerer Rechts- und Vertragsbruch dar.

Die portugiesische Regierung hat durch dieses Vorgehen offen zu erkennen gegeben, daß sie sich als Vasallen Englands betrachte, der den englischen Interessen und Wünschen alle anderen Rücksichten unterordnet. Sie hat endlich die Beschlagnahme der Schiffe unter Formen vollzogen, in denen eine beabsichtigte Herausforderung Deutschlands erblickt werden muß. Die deutsche Flagge wurde auf den deutschen Schiffen niedergeholt, die portugiesische Flagge mit Kriegswimpel gesetzt. Das Admiralschiff schoß Salut.

Die kaiserliche Regierung sieht sich gezwungen, aus dem Verhalten der portugiesischen Regierung die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Sie betrachtet sich von jetzt ab als mit der portugiesischen Regierung im Kriegszustand befindlich.

## Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Portugal.

Amst. Berlin, 9. März. (B. Z. B.) Der kaiserliche Gesandte in Lissabon Dr. Rosen ist angewiesen, heute von der portugiesischen Regierung unter gleichzeitiger Ueberreichung einer ausführlichen Erklärung der deutschen Regierung seine Pässe zu verlangen. Dem hiesigen portugiesischen Gesandten Dr. Sidonio Paes sind heute ebenfalls seine Pässe zugeestellt worden.

## Portugals Wehrmacht.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Portugal lenkt naturgemäß die Aufmerksamkeit auf die politischen und militärischen Verhältnisse Portugals. Von diesen Verhältnissen kann mit Zuversicht erklärt werden, daß sie für Deutschland in keiner Weise größere Unannehmlichkeiten nach sich zu ziehen vermögen. Portugal besitzt zwar 6 Millionen Einwohner, aber seine militärische Macht ist eine derartig unbedeutende, daß sie von keinerlei Gewicht erscheint. Die portugiesische Kriegsmarine verfügt über kein einziges Schlachtschiff, weder ein Linienschiff noch ein Kreuzer ersten Ranges. Die 4 oder 6 geschützten Kreuzer, die für Portugal in Frage kommen, stammen aus den Jahren 1896—1898, gehören also längst zum alten Eisen; ganz einerlei ob sie, wie alle von ihnen mit einer Ausnahme, nur 4000 oder 5000 Tonnen Wasserdrängung umfassen oder aber, wie der einzige größere Kreuzer, 14 500 Tonnen Displacement enthalten. Auch die Kanbarren verfügen Besorgnisse nicht einzulösen. Nach den zahlenmäßigen Berechnungen soll die Kriegsmarine der portugiesischen Armee etwa 800 000 Mann betragen. Der effektive Friedensstand dagegen bezieht sich nur auf 28 000 Mann, so daß im Kriegsfalle bestmännlich 200 000 Mann auf die Beine gebracht werden können.

Auf dem europäischen Kriegsschauplatz vermöchte deshalb Portugal nicht die geringste Rolle zu spielen. Im schlimmsten Falle würde es im Stande sein, und auch das erst nach einer Reihe von Monaten, von seiner südostafrikanischen Kolonie Lorenzo Marquez aus einen Druck gegen Deutsch-Südwest-Afrika ausüben zu können. Aber auch das steht noch im zweiten Felde.

## Am Verdun und anderswo.

Von Richard Gable.

Berlin, 6. März.

Am Verdun war die Woche vom 28. Februar bis zum 5. März bei weitem nicht so häßlich wie die Vorwoche. Der Vormarsch der deutschen Truppen gegen die Festung hatte im Norden am 25. Februar mit der Fortnahme der Feste Douaumont und im Osten am 28. mit der Besetzung der Dörfer Dieppe, Abaucourt, Blangée am Fuße der Mosberge seinen Höhepunkt erreicht, während weiter im Süden die Dörfer Ranheulles und Champlon schon früher gefallen waren, das dazwischen liegende Fresnes aber in den Händen der Franzosen verblieb.

Seitdem hat die deutsche Vorbewegung um Verdun haltgemacht und sich damit begnügt, das bisher Erreichte zu sichern und weiter auszubauen. (Vom 7. März ab hat bekanntlich die Angriffsbewegung wieder eingesetzt. Die Reb. d. „Vorwärts“.) Der wichtigste Gewinn war die Erstürmung des Dorfes Douaumont am 2. März, das 700 Meter weitlich der gleichnamigen Feste liegt. Vor diese bis dahin von den französischen Truppen umfaßt, so wurde namentlich die Linie gradlinig gezogen und zugleich weiter nach Süden vorgelegt. Die Verteidigungslinie der Deutschen erhielt hier namentlich eine große Stärke, die sich sofort bewährte, als die Franzosen am folgenden Tag zu einem neuen ihrer wütenden Gegenangriffe voringen. Sie wurden auch diesmal wieder unter großen Verlusten abgewiesen. Am 4. und 5. März beschränkten sich die Kampfhandlungen auf kleinere Einsätze, die unseren Truppen immerhin noch rund 100 Gefangene einbrachten. Der Gesamtgewinn aus den vierzehntägigen Kämpfen um Verdun nähert sich nun der Zahl von 20 000 Gefangenen und umfaßt außerdem 115 Geschütze und 161 Maschinengewehre.

Daß unsere Truppen hier eine der härtesten Stellungen der Westfront einnehmen, gereicht ihnen zu hohem Ruhme, um so mehr, als das Große Hauptquartier zum zweiten Male versichert, daß ihre Verluste erträglich seien und dieses Ergebnis in Gegenjahre stellt zu den schwersten Verlusten der Franzosen. Stark aber war deren Stellung durch das beherrschende Höhen Gelände, auf das sie sich stützte, durch die ausgedehnten Wälder, die seitens des Feindes und die seit 1 1/2 Jahren fortgesetzten Schanzarbeiten, wie durch die Zahl der letzten, der schweren Geschütze, der sonstigen Feuerwaffen, die zu ihrer Verteidigung eingebaut waren. Die größte Stärke freilich gab der französischen Stellung die hinter ihr liegende Festung. Diese ist im wesentlichen noch unversehrt. Die Panzerfeste Douaumont, die wir erobert haben, ist ein weit nach Nordosten vorgeschobener Punkt, der infolge seiner ragen Lage (+ 383 Meter) nach Norden, Nordosten und Osten die Gegend bis in große Ferne beherrscht. Aber er liegt außerhalb des geschlossenen und nicht durchbrochenen Ringes der übrigen Werke; von ihnen behauptet die Reboute Souville, die erst 800 Meter südlich der Feste Douaumont liegt, den unbedingt höchsten Punkt des ganzen Landes um Verdun, die Höhe + 308. Die neue französische Stellung liegt durchgängig nach vorwärts des Stranges der hiesigen Werke, zum Teil sogar erheblich vorwärts von ihnen; sie zieht sich von dem Dorfe Bacherawille an der Maas, über die Gelandeweile „Côte du Poivre“ oder „Pfeffer-Weine“, die im Besitz der Franzosen geblieben ist, und über Thiaumont-Be hart südlich der Schlucht von Thiaumont auf die Dörfer Raucourt und Damloup und läuft von hier am Fuß der Maasböden entlang, die eine unversiegbare Verteidigungsstellung bieten, bis sie bei Eparges, gegenüber der hart umkämpften Combrésyhöhe, den Bergspitz selbst erreicht und ihre alte gegen Südosten gerichtete Frontlinie beibehält. Im Norden und Nordosten bleibt diese Stellung immer noch 7 bis 9 Kilometer der Stadt Verdun entfernt.

Wenn wir die bisherigen Erfolge des deutschen Angriffes würdigen wollen, werden wir sicher der umfassenden Vorbereitungen der Doeresleitung neben dem Gedemüts der Truppen gedenken müssen. Aber auch die Ueberwältigung des französischen Gegners, die in der Ueberwindung des bisherigen Armeebefehlshabers ihren Ausdruck gefunden hat, ist unserem Angriffe zweifellos zugute gekommen. Als eigentlichen Untergrund dieser Ueberwältigung werden wir die vorgelegte Meinung unserer Gegner ansehen müssen, daß wir zu einem großen Angriff gar nicht mehr stark genug wären. Vielleicht erstreckte sich diese ihre Ansicht nicht einmal nur auf das Materielle, sondern sogar auf das moralische Gebiet. Die Ausführungen des Senators Humbert im „Journal“ sind kaum anders zu verstehen. Das ist ein neues Zeichen, wie unendlich wichtig es ist, die inneren Verhältnisse des Gegners fortwährend im Auge zu behalten und ihn vor allen Dingen nicht zu unterschätzen, andererseits aber auch nicht zu überschätzen. Verloren das eine zum Leichtsinne, so führt das andere leicht zur Entschlußlosigkeit und zum Mangel an Wagemut. Auf diesem schmalen Grat zwischen Tollkühnheit und Latenzlosigkeit geht der Weg des Feldherrn und davon, daß er nicht strauchelt, hängt das Schicksal der Staaten ab. Gewiß kann das Blut der Truppen die Fehler des Feldherrn wieder ausgleichen; aber dazu bedarf sie selbst eines hohen moralischen Kerns, der dann doch wieder von dem Vertrauen auf den Feldherrn ebenso abhängt, wie von dem auf die eigene Mächtigkeit.

Daß in den Kämpfen um Verdun auch die französische Truppe sich mit hingebendem Opfermut geschlagen hat, kann niemand bestreiten, der gerecht urteilen will. Die kleinen Unternehmungen der Engländer im Nordwesten, französische Abteilungen mehr im Süden, haben, auch wenn sie glücken, keinen Einfluß auf die Gesamtentwicklung der Kriegslage. Sie kann nur durch den Einsatz gewaltiger Massen und nur dadurch umgekehrt werden, daß man dem Gegner nicht ein mehr oder weniger großes besetztes Gelände abnimmt, sondern daß man einen beträchtlichen Teil seiner lebendigen Streitmacht schlägt, zu neuem Widerstande unfähig macht, so die ganze Stellung des Feindes aus den Angeln hebt.

Daß Franzosen und Engländer in dieser Absicht Kräfte sammeln und daß sie den „großen Schlag“ für das spätere Frühjahr in Aussicht genommen hatten, wird man ihnen glauben müssen, nicht weil ihre Heilmittel es versichern — das kann Stimmungsmache für das eigene Volk sein —, sondern weil es in der inneren Vernunft der Dinge, in der eisernen Notwendigkeit ihrer Kriegsziele liegt. Daß unsere strategische Lage, als ruhigerer weiler Räume feindlichen Landes, die bessere ist, liegt auf der Hand. Wollen sie einen Frieden in ihrem Sinne erzielen, dann müssen sie uns schlagen und vorgehen und in deutsches Gebiet eindringen. In solchem Verlaufe aber scheinen die französischen Soldaten vorab neben den Anforderungen, die Verdun gestellt, nicht zu langen, die englischen „Dorby-Rekruten“ nur langsam und unzureichend herbeizuströmen, vor allen Dingen aber noch nicht ausgebildet und eingelebter zu sein.

In Rußland, wo augenblicklich grimme Kälte herrscht, ist gleichfalls nur wenig Tätigkeit zu spüren. Neue schlagkräftige, angriffsfähige Heere aufzubringen, wird dem Kriegsminister sehr schwer fallen. Ist die Nachricht zutreffend, daß das Jahre 1915 dem Reiche einen Gesamtverlust von 1 942 000 Toden gebracht habe? Es ist trüblich, ich mich, es anzunehmen, denn das würde meine eigenen hohen Annahmen noch weit hinter sich lassen. Wir den sehr großen Verlusten des Jahres 1914 würden wir dann auf einen Gesamtverlust von allein 2 5 Millionen an Toden gelangen, wozu man mindestens 6 Millionen Rekruten rechnen müßte. Dazu die 1 1/2 Millionen Gefangenen, und wir erreichen die erschreckende Verlustziffer von mindestens 10 1/2 Millionen Menschen, unter denen 7 Millionen als dauernder Abgang anzunehmen wäre. Ein solcher Überlauf wäre auch für die Menschheit — und die Menschverachtung — des weiten Jarenreiches nur schwer zu ertragen.

In Asien scheint der Großfürst seinen Vorteil von Erzerum tatkräftig auszunutzen; allerdings kommen alle Nachrichten aus russischer Quelle, da das türkische Hauptquartier seit Wochen nur erstarrt, daß nichts Besonderes vorgefallen sei. Sind die Nachrichten des Großfürsten zutreffend, dann steht sein rechter Heeresflügel dicht vor Trapezunt, am Schwarzen Meer, während sein linker sich weit südwestlich des Wansee ausdehnt und schon am 2. März Wladi besetzt hat. Auch in Persien gehen die russischen Abteilungen in Richtung auf die türkische Grenze vorwärts.

In Italien Sarneseffall und Ravennegefahr im Hochgebirge, Ruhe auf der ganzen Front.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 9. März. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht von Mittwoch nachmittag. In der Champagne setzte und ein in der Gegend der Raisons de Champagne von uns unternommener Angriff wieder in den Besitz von Grabenstücken, die der Feind uns am 6. März entrissen hatte. Wir machten bei diesem Kampfe 35 Gefangene, unter ihnen 3 Offiziere und erbeuteten ein Maschinengewehr. Ein kurze Zeit darauf gegen die von uns besetzten Stellungen gerichteter Gegenangriff des Feindes wurde abgewiesen. In den Argonnen beschoß unsere Artillerie die Straßen in der Gegend von Montfaucon, auf denen Automobiltransporte festgestellt worden waren. Aus der Gegend von Verdun wird keine Veränderung der Lage gemeldet. Die Deutschen legten nachts die Beschießung unserer Front westlich von der Maas fort, ohne irgend eine Infanterieaktion zu versuchen. Unsere Batterien erwiderten in diesem Abschnitte wie auch östlich der Maas, wo das Feuer zeitweise aussetzte, energisch die feindliche Beschießung. In der Woivre sehr lebhafter Artilleriekampf. Wir beschoßen Blangée, Gramcourt und die Zugänge von Fresnes. Ein Angriff des Feindes auf die Eisenbahnlinie und die Straße nach Ranheulles wurde durch unser Sperrefeuer und unser Infanteriefeuer vereitelt.

Paris, 9. März. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht von gestern Abend. Nördlich von der Aisne vernichtendes Feuer auf die Schanzwerke auf dem Plateau von Craonne und in der Umgebung von Pasly nördlich von Soissons. In den Argonnen führten wir ein konzentrisches Feuer auf die deutschen Werke bei Haute Chevauchée und im Walde von Cheppy aus. Westlich von der Maas vertrieb der Feind im Laufe des Tages nach einer heftigen Beschießung von neuem vorzurücken. Der mit starken Kräften auf unsere Stellungen bei Rebincourt gerichtete Angriff wurde abgewiesen. Ein von uns gegen den Hohenwald, in den die Deutschen gestern eingedrungen waren, angelegter Gegenangriff warf den Feind aus dem größten Teil des Waldes, von dem er nur noch den östlichen Teil besetzt hält. Auf dem rechten Ufer der Maas nahm die Beschießung wieder große Festigkeit an. In der Gegend von Douaumont versuchten die Deutschen ohne Erfolg unsere Linien östlich vom Fort anzugreifen. Nach einem Infanteriegefecht gelang es dem Feinde, das Werk Harbaumont, das wir ihm entrissen hatten, wieder zu besetzen. Im Woivre-Gebiete blieb der Artilleriekampf sehr lebhaft. Unsere Batterien an den Ufern der Maas beantworteten kräftig das Feuer der deutschen Artillerie. Im Oberelsaß gestattete uns ein Angriff mit Handgranaten einige Teile der Gräben östlich von Seypois, die uns von den Deutschen am 12. Februar genommen worden waren, wieder zu besetzen. Eines unserer Beschießungsgeschütze, bestehend aus sechs Flugzeugen, warf hundertvier Bomben aller Kaliber auf den Bahnhof von Reg-Sablon, wo sie mehrere Züge erlöschten. Die Geschosse haben gut getroffen. Ein feindliches Flugzeuggeschwader versuchte unsere Flugzeuge zu verjagen, die bis auf eins, das wegen einer Beschädigung niedergehen mußte, ihren Abflugort wieder erreicht haben.

Belgischer Bericht: Unbedeutende Artillerietätigkeit an mehreren Stellen der Front. Heftiger Kampf mit Bombenwerfern beim Bährmannshaus.

## Die englische Meldung.

London, 8. März. (B. Z. B.) Britischer Kriegsbericht. Bei Grenay Kampf mit Minenwerfern, wobei wir die feindlichen Schützengräben stark beschädigten. Western brachte der Feind in der Nähe der Eisenbahn Ipern—Commines eine Mine zur Explosion, ohne Schaden anzurichten. Heute beschoß unsere Artillerie diese Gegend. Wir brachten heute östlich von Laventie eine Mine zur Explosion, wodurch wir die Minenarbeiten des Feindes behinderten. Der Feind beschoß unsere Stellungen östlich von Vermelles.

## Agence Havas über die Kämpfe bei Verdun.

Bern, 9. März. (B. Z. B.) Die Agence Havas sucht die französischen Niederlagen der letzten Tage durch einen Bericht zu beschönigen, in dem es heißt: Die Schlacht in der Gegend von Verdun flammte wieder auf. Der am Montag auf beide französische Flügel, in der Gegend von Forges und in der von Fresnes ausgeübte Druck wurde gestern stärker und verschaffte den Deutschen unter dem Preise schwerer Verluste einige Gewinne, die das gesamte Verteidigungssystem keineswegs beeinträchtigen. Westlich der Maas lief die französische Front durch Forges, das sich im Tale des gleichnamigen Baches befindet. Dieser Bach fließt durch eine lumpige Gegend, die noch unzugänglicher durch die Wassermengen und das Durchsickern der in dieser Jahreszeit weit aus ihren Ufern getretenen Maas gemacht wurde.

Unter diesen Umständen hatte die Stellung von Forges nur den Wert einer vorgeschobenen Linie, aber bevor sie, wie vorausgesehen war, diese Stellung preisgaben um sich auf die breiten und regelmäßigen Abhänge zurückzuziehen, die von Forges nach der Côte Die führten, erwarteten die französischen Truppen die deutschen Angriffe. Diese Angriffe um die Besetzung einer Stellung ohne Bedeutung kam den Deutschen sehr teuer zu stehen. Die französische Heeresleitung wollte nichts weiter. Die aufgegebenen Stellungen konnten durch die auf dem rechten Maasufer bei Strabant, Samogneux und Champneville aufgestellten deutschen Batterien unter konzentrisches Feuer genommen werden. Was das leichte Vordringen deutscher Streitkräfte längs der Maas betrifft, so fand dieses in einem überaus weiten Abschnitt statt, in dem es für die Franzosen besser war, keine Verstärkungen heranzubringen. Die französischen Hauptverteidigungsstellungen befinden sich weiter südlich. Sie werden durch die Linie des Rückens von Mort Homme gebildet und stützen sich einerseits auf die Maas und andererseits auf die Höhe vom Cumidres. In der Woivre war die Stellung von Fresnes, die einen Keil in den feindlichen Stellungen bildete, gleichfalls für uns gefährlich, da sie von drei Seiten aus vom Feinde beschoßen werden konnte.

Alle Blätter sagen übereinstimmend, daß das letzte deutsche Vordringen links der Maas uns nicht würde beunruhigen können. Eine neue Anstrengung des Feindes war nach dem Mißerfolg nördlich von Verdun an einem anderen Punkt vorzusehen. Unsere Soldaten leisten dem Ansturm mit wunderbarer patriotischer Tapferkeit Widerstand. Eine militärische Persönlichkeit erklärte dem „Echo de Paris“: Unsere Verluste gestern waren sehr leicht trotz der höllischen Beschießung mit Granaten großen Kalibers, denen unsere Soldaten widerstehen konnten. Die Deutschen machen weiter eine ungeheure Anstrengung, um Boden zu gewinnen, aber trotz der genauen Vorbereitung und ihrer unbefehlbaren Tapferkeit bleibt ihr Vordringen langsam und bruchstückartig.

## Repressalien.

Amst. Berlin, 9. März. (B. Z. B.) Völkerrechts-widrige Behandlung gefangener deutscher Feldwebellieutenants in Frankreich. Die französische Regierung behandelt im Gegenjahre zu der englischen und russischen trotz erneuter Vorstellungen Deutschlands unsere Kriegsgefangenen Feldwebellieutenants auch weiterhin nicht als Offiziere, sondern hält sie in Mannschafslagern interniert. Dieses Verfahren hat die deutsche Regierung veranlaßt, die in deutscher Gefangenschaft befindlichen, aus dem Unteroffiziersstande hervorgegangenen „Sous-Lieutenants“



aus Offizierslagern in Mannschafslager zu überführen, wo sie als Unteroffiziere behandelt werden.

Diese Maßnahme wird erst dann rückgängig gemacht werden, wenn den Kriegsgefangenen deutschen Feldwebellieutenants in Frankreich eine ihrem Offiziersrang entsprechende Behandlung zuteil wird, insbesondere, wenn ihre Ueberführung in Offiziersgefangenenlager durchgeführt sein wird.

## Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 9. März. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 1. März.

**Westfront:** Im Abschnitt von Riga zwang unsere Artillerie mehrmals die Deutschen zum Unterbrechen ihrer Arbeiten und brachte feindliche Batterien zum Schweigen. In den Stellungen bei Dünamünde-nahe Jügl, dauert der Kampf um die Minenrichter an; alle Versuche der Deutschen, sich der Richter zu bemächtigen, wurden abgelenkt. Südlich der Eisenbahn von Poniewiez drängten wir die Deutschen zurück und gewannen etwas Gelände. Nordöstlich des Bahnhofs von Olyta, an der Bahnlinie Kowel-Kowno, versuchte der Feind zweimal, sich unseren Gräben zu nähern, wurde aber jedesmal mit großen Verlusten durch unser Feuer abgewiesen. An der oberen Stappa liegen wir ohne einen Schuß abzugeben, eine stärkere feindliche Abteilung auf fünfzig Schritt an unsere Gräben herankommen und zerstreuten sie dann durch unser Feuer.

Nördlich von Jan vermittelten unserer Ausklärer einen deutschen Posten.

**Kaukasus:** Unsere Truppen verfolgten in der Küstengegend weiter die Türken. Am 7. März besetzten wir die Stadt Rize.

**Persien:** Wir besetzten die Stadt Sina nördlich Hermandschah. Das russische Heer verfolgt mit fieberhafter Spannung die Erfolge der tapferen französischen Armee (wörtlich aus Kopenhagen: armée russe suit avec attention palpitante succès vaillants armée française).

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 8. März. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 22. März. Aus einigen Abschnitten der Gebirgsgone meldet man große Tätigkeit unserer Patrouillen, obgleich der jüngst gefallene Schnee an einzelnen Stellen fünf Meter hoch liegt und zahlreiche Lawinen in die Täler stürzen. Auf der Front von Gornostan dauert lebhaft die Artillerietätigkeit an, die oft durch Nebel und anhaltende Regengüsse unterbrochen wird. Cadorna.

## Weitere Opfer des Zeppelinangriffs gegen England.

London, 8. März. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Fünf weitere Opfer des Luftangriffs sind ihren Verletzungen erlegen. Die Zahl der bis jetzt festgestellten Verwundeten beträgt 52.

## Durch Seeminen vernichtete Dampfer.

Kopenhagen, 9. März. (W. Z. V.) „Politiken“ meldet aus Kristiania: Der Dampfer „Remona“, der der Aktiengesellschaft Andersen in Frederikstadt gehört, ging am 24. November nach Kristiania mit Kohle ab, kam aber nicht an, trotzdem ein späterer Dampfer derselben Firma, der am 28. November von London abfuhr, bereits angekommen ist. Man nimmt an, daß der Dampfer, der 17 Mann Besatzung hatte, auf eine Mine gestoßen und untergegangen ist. Der Kapitän des späteren Dampfers erzählt, daß gleichzeitig mit der „Remona“ eine Reihe anderer Schiffe von London nach Norwegen abgingen. Da man von keinem dieser Schiffe etwas gehört hat, nimmt man an, daß ein großes Minenunglück stattgefunden habe.

## Zur Abstimmung des amerikanischen Repräsentantenhauses.

New York, 8. März. Vom Vertreter von W. Z. V. Ein Telegramm der „Evening Post“ aus Washington sagt die Bedeutung der heutigen Abstimmung des Repräsentantenhauses folgendermaßen zusammen: Die Abstimmung des Hauses ist eine doppeldeutige Antwort auf den Wunsch des Präsidenten; sie bedeutet nicht, daß der Kongreß auf sein Recht verzichtet, auch sein Wort in auswärtigen Angelegenheiten zu sprechen oder dagegen aufzutreten, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg hineingezogen werden. Sie bedeutet möglicherweise einen Versuch, Angelegenheiten und Treibereien aus dem Wege zu schaffen, die aus deutschfreundlichen und Wilson feindlichen Kreisen stammen. Die Abstimmung kann im Auslande in der Tat als Vertrauensvotum für die Politik des Präsidenten aufgefaßt werden. Aber sie spiegelt auf keinen Fall die wahren Ansichten des Hauses wider, welches noch immer, wie es der Sprecher Clark ursprünglich erklärte, mit einer Mehrheit von zwei zu eins gegen das Nein von amerikanischen Vägern an Bord von Schiffen kriegerischer Mächte ist. Auch wenn über die Sache selbst abgestimmt worden wäre, ist es sehr zweifelhaft, ob die Warnungsresolution durchgedrungen wäre. Aber die knappe Mehrheit, mit der die Regierung gestützt hätte, würde zweifellos auf die fremden Regierungen fast denselben Eindruck gemacht haben wie eine Ablehnung der eingebrachten Resolutionen. Die Abstimmung ist typisch für die Art und Weise, wie der Kongreß häufig seine Aufgaben erledigt: einerseits werden in den Verhandlungen die wirklichen Ansichten ausgeprochen, andererseits aber stimmt man zweifellos in der Angst, daß infolge einer patriotischen Bewegung unter einigen Wählern die Stimmung der Wähler eines ganzen Bezirks umschlagen könnte. Obwohl Wilson in erster Linie auf einer klaren Abstimmung über die Sache selbst bestand, — eine Lage, die gewiß viele Abgeordnete sowohl seiner eigenen, wie der republikanischen Partei in Verlegenheit gebracht hätte — kann er sich wegen der Abstimmung, die er erlangt hat, glücklich schätzen, so konfus diese auch wegen der parlamentarischen Gebräuche und Mittel erscheinen mag.

## Ein deutscher Vermittlungsvorschlag?

Washington, 9. März. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Graf Bernstorff hat Staatssekretär Lansing eine neue umfangreiche Denkschrift über die Unterseebootsfrage überreicht, in der Vorschläge geführt sind, daß England sich die Haltung Amerikas zunutze mache, um seine bewaffneten Handelsschiffe anzuweisen, gegen Unterseeboote angriffsweise vorzugehen. Die Denkschrift gibt zu, daß das Völkerrecht für die Anwendung von Unterseebooten keine Vorschriften enthält und macht das Anerbieten, die Unterseeboote nach dem vor dem Kriege herrschenden Grundfahnen des Völkerrechts zu gebrauchen, falls auch England diese akzeptiert.

Berlin, 9. März. (W. Z. V.) Von zuständiger Seite erfahren wir: Die vom Reuterschen Bureau verbreitete Meldung über die vom Grafen Bernstorff dem Staatssekretär Lansing überreichte Denkschrift, betreffend den

Unterseebootskrieg dürfte, wie gewöhnlich, nicht in allen Punkten zureichend sein. Graf Bernstorff hat allerdings in diesen Tagen der amerikanischen Regierung eine ausführliche Denkschrift überreicht, die einen historischen Rückblick auf die ganze Entwicklung der Frage des Unterseebootskrieges und die mit der amerikanischen Regierung gepflogenen Verhandlungen enthält, in der jedoch neue Vorschläge nicht gemacht werden.

## Gefechte in Deutsch-Ostafrika.

London, 7. März. (W. Z. V.) Reuter meldet aus amtlicher Quelle, daß in Ostafrika vom 17. bis 31. Januar mehrere deutsche Angriffe bei Dwenkuba, Mwele, Mbyuni und Serengati zurückgeschlagen wurden.

Anmerkung des W. Z. V.: Bei diesen in Ostafrika liegenden Orten haben schon mehrfach Kämpfe stattgefunden. Wertwüchtig berührt nur der ungewöhnlich lange Inhalt dieser amtlichen englischen Meldung und der Umstand, daß man es für nötig hält, sie noch nach der am 12. Februar bei Salita, am Westrand der Serengati, erlittenen Schlappe bekannt zu geben.

## Die okkupierten deutschen Kolonialgebiete.

London, 9. März. (W. Z. V.) Unterhans. Banar Law stellt fest, daß jetzt 760 000 Quadratmeilen deutscher Kolonien besetzt seien, die sich wie folgt verteilen: Südwestafrika (Schätzungsweise 829 450 Quadratmeilen. Kamerun 300 000, Togo 33 700, Samoa 680, Upolu 340, Ratter-Bismarck-Land und Inseln im Stillen Ozean 70 000, Bismarckarchipel 22 840, Karolinen, Pelew-, Marianen- und Marshallinseln 1000 und Kiautschou 200 Quadratmeilen.

## Die Neutralität der Schweiz.

Bern, 8. März. (W. Z. V.) In der heutigen Sitzung des Nationalrats kam Bundesrat Hoffmann auf die Obersten-Affäre zurück. Der General habe sich von Anfang an von dem Gedanken leiten lassen, die beiden Offiziere müßten aus dem Generalstab verschwinden, wobei aber ihr Auscheiden maskiert werden müsse. Gelegenheit hierzu habe er bei der Kommandobürovertragung zu Neuchâtel gefunden. Die Ansicht des Bundesrats sei dieselbe gewesen. Die Bedeutung des Falles sei ihm von Anfang an völlig klar gewesen, der Bundesrat habe darin das Bedenkliche für die innere und äußere Politik gesehen, niemals sei ihm eingefallen, die Schuldigen zu decken, er habe in der Stille Ordnung schaffen wollen. Der Redner wendete sich darauf gegen die Angriffe auf den Generalstabschef. Dieser habe als Zeuge in erster Linie die Unzulänglichkeit der unter Anklage stehenden Dandlung vor Gericht festgehalten. Zweifellos sei das ritterliche Bestreben maßgebend gewesen, die Offiziere, wenn möglich, vor schimpflicher Strafe zu bewahren. Aus dem Urteil habe der Bundesrat die Konsequenzen gezogen. Als Bundesbeamte seien die Obersten nicht mehr am Blase, ihre großen Fähigkeiten würden anderswo zu verwenden sein. Redner erklärte im Auftrage des Bundesrates, daß Oberst von Sprecher volles Vertrauen genieße. Er kam darauf auf die Neutralität zu sprechen, die der Schweiz nicht immer leicht geworden sei, da die Neutralitätsrechte in der ganzen Welt verkannt worden seien. Bis zur Stunde sei die Unabhängigkeit und die nationale Ehre unberührt, es bestehe daher nach wie vor die Pflicht, absolute Neutralität zu wahren und von jedermann zu verlangen. Bezüglich des Verhältnisses zwischen Militär- und Zivilgewalt führte Redner aus, die Militärgewalt habe sich niemals angemaßt, sich in die politische Leitung einzumischen, der Bundesrat habe diese Leitung immer beansprucht und in vollem Maße ausgeübt. Als unveränderbare politische Richtschnur habe der Bundesrat dem General am 3. August 1914 absolute Neutralität vorgeschrieben, der General habe erklärt, daß er sich auch nicht in Gedanken von dieser Richtschnur entfernen habe. Man habe sich freundschaftlich verständigt. Bezüglich der wirtschaftlichen Stellung der Schweiz sei die Richtschnur der Neutralität, daß die Wirtschaft der Schweiz von beiden Mächtegruppen abhängen. Es sei daher eine Lösung nach beiden Seiten hin erforderlich gewesen, die gefunden wurde durch die S. S. und die Treuhandsstelle. Man vergesse bei der Kritik öfter, daß es nicht ohne Kompromisse nach beiden Seiten ginge. Der schlimmste Feind der Schweiz sei das Wehrwesen und die Leichtfertigkeit im eigenen Lande (Stab), besonders in gewissen Zeitungen. Der Kompensationsverkehr mit den Mittelmächten sei durchaus legitim, weil er mit der Ententegruppe abgemacht worden sei. Zur Pressezensur übergehend, führte Bundesrat Hoffmann aus, sie entspringe der Notwendigkeit, zwischen der Pressefreiheit und dem Staatswohl einen Mittelweg zu finden. Dies sei überall so. In politischer Beziehung sei nicht bloß in der deutschen Presse eine kritische Uebernahme ausländischer Agitationsmeldungen und eine schrankenlose Stellungnahme zu bemerken gewesen. Von den Kriegführenden dürfe man keine Objektivität verlangen, das Uebel sei die Kritikalität im eigenen Lande. Zuerst sei in den Schweizer Blättern die Nachricht von der Verprobantierung der deutschen Armee durch den schweizerischen Bundesrat erschienen. Die englische, französische, italienische Presse habe diese Nachricht nachgedruckt und die Volkswirtschaft der Schweiz sei dadurch auf das Alleräußerste gefährdet worden. Der Bundesrat werde gegen das fremde Geschweh von Agitationsliteratur mit aller Schärfe vorgehen. Bundesrat Hoffmann führte weiter aus, die Kritik der deutschen Redner an der Haltung des Bundesrates betreffend die belgische Neutralität lehne der Bundesrat ab, er habe amtlich hierzu keine Stellung nehmen können. Daß er recht gehabt habe, hätten die Ereignisse gelebt, denn sonst wäre er gezwungen gewesen, auch gegen andere Verletzungen der Neutralität kleiner Staaten Protest einlegen zu müssen. Redner schloß: Wir müssen uns vor dem Ausland zusammennehmen, die unmutige Stimmung im Lande muß aufhören. Darum richtet der Bundesrat heute an das Schweizer Volk die ernste Mahnung zur Einigkeit. (Langanhaltender Beifall.)

Der Präsident teilte darauf mit, daß nach 44 Redner auf der Rednerliste ständen; unter dem Eindruck der Rede des Bundesrates Hoffmann erklärten jedoch 13 Abgeordnete, auf das Wort verzichten zu wollen.

## Abgelehnte Friedensintervention.

Stockholm, 8. März. (W. Z. V.) Von zwei Mitgliedern der äußeren Linken ist in beiden Kammern der Antrag eingereicht worden, daß der Reichstag die Regierung ersuchen solle, die Möglichkeit zu erwägen, durch die Initiative der skandinavischen Staaten oder Schwedens allein eine Friedenskonferenz der neutralen Staaten zusammenzubringen, um einen dauerhaften Frieden herzustellen. Die Erste Kammer hat heute den Antrag nach einer Erörterung abgelehnt, wobei der Führer der Konservativen, Trögger, erklärte, eine solche Konferenz sei eher schädlich als nützlich und könnte den Wunsch aller Schweden, so bald als möglich, besonders unter schwedischer Mitwirkung einen Frieden herbeizuführen, gefährden, wenn nicht unmöglich machen.

## Ministerzusammenkunft der drei nordischen Staaten.

Kopenhagen, 9. März. (W. Z. V.) Der norwegische und der schwedische Ministerpräsident und die beiden Minister der auswärtigen Angelegenheiten sind heute angekommen, um mit den dänischen Ministern Besprechungen abzuhalten. Nach ihrer Ankunft wurden die schwedischen und norwegischen Minister vom König empfangen.

## Burgfrieden und Zaren-Verehrung.

Aus Amsterdam schreibt man uns:

Am 21. Februar hat die französische Deputiertenkammer folgende Adresse an die Duma beschickt:

„Anlässlich der Wiedereröffnung der Arbeiten der Reichsduma, die inmitten einer so großen Begeisterung durch den feierlichen Besuch und die Rede Seiner Majestät des Kaisers eröffnet wurden, erneuert die Deputiertenkammer der Duma das Zeugnis ihrer heißen Sympathie, begrüßt, die edlen Reden, die den unerlöschlichen Willen der Regierung und des Volkes Russlands zeigen, alle ihre Energie dem entscheidenden Kampf gegen die Mittelmächte für den europäischen Frieden zu weihen und begrüßt den glänzenden Sieg, den die Armeen der verbündeten großen Nation bei Erzerum errungen haben.“

Die Begrüßung der Duma ist ohne weiteres verständlich. Dagegen erscheint der byzantinische Hinweis auf den Besuch des Zaren und auf die „edlen“ Reden der Eröffnungssitzung immerhin verwunderlich, da, wie die „Humanität“ berichtet, die Adresse im Namen der Kommission für auswärtige Angelegenheiten vom Genossen Lafont vorgeschlagen worden ist. Man könnte glauben, daß auch die vollständige Uebernahme der Pflichten der „nationalen Verteidigung“ nicht die Notwendigkeit in sich schließt, dem inneren Regime Russlands das Siegel der Anerkennung aufzudrücken. Eine etwaige Deutung in dem Sinne, daß hier eine Kundgebung für den Konstitutionalismus beabsichtigt gewesen sei, ist durch den Ton des Ganzen und insbesondere durch den Hinweis auf die „edlen Reden“ ausgeschlossen. Daß Russland „für den Frieden Europas“ kämpft, ist sicher eine neue Erkenntnis für Sozialisten. Auch der Umstand, daß es der Genosse Lafont war, der den Antrag stellte, entbehrt nicht der Parallele. Lafont, ein ebenso redegabiger wie entwicklungsfähiger Rechtsanwält, hat in der Partei ähnlich wie Oriand den extremsten antiparlamentarischen Subjektivismus vertreten, bis zu dem Tage, wo er — auch hierin gleich Oriand — einen Wahlkreis eroberte. Seine berufliche Spezialität war ehemals die Verteidigung von „Antipatrioten“. Als Bürgermeister einer Provinzialstadt hat er durch seinen energischen Kampf gegen den Alkoholismus Aufsehen erregt. Wegen den Ausschank von politischem Fusel hat er anscheinend nichts einzuwenden.

Verwunderlich sind auch die redaktionellen Bemerkungen, die die „Humanität“ dem Wortlaut der Adresse folgen läßt. Sie schreibt: „In der Stunde, da eine liberale Ära von neuem in Russland anzuhängen scheint, wird die Adresse der französischen Kammer an die Duma bei unseren Verbündeten einen starken Widerhall finden. Alle liberalen Fraktionen der Duma, von den Revolutionär-Sozialisten bis zu den Oktoberisten sind entschlossen, den Sieg zu feiern, weil das Interesse der russischen Freiheit wie der Europas überhaupt eng an die Niederlage der Zentralen gebunden ist. Der Gruß der französischen Kammer, der gleich der Duma die Verbundenheit der Unabhängigkeit der Völker mit dem notwendigen Siege der Verbündeten verkündet, wird eine wertvolle aufmunternde Hilfe für die dortigen liberalen Parteien sein.“

Wäre die Deputiertenkammer im Ernst des Glaubens gewesen, durch die Adresse den „Liberalismus“ in Russland zu stärken, würde diese die dortigen Machtgeber sicher umlärteren. Inbes hätten in diesem Falle die reaktionären Gruppen der Kammer ihre Zustimmung nicht gegeben. Sehr bedenklich aber ist vor allem die Art, wie die „Humanität“ ihre Leser über die Tatsachen der russischen Politik unterrichtet. Daß sie eine „liberale Ära“ bemerkt — sie sagt allerdings vorsichtig, daß diese aufzuleben „scheint“ — ist vielleicht eine redliche Bezeugung ihres weitgehenden Optimismus. Wo hat sie aber die Einmütigkeit der „liberalen Fraktionen“ ersehen, zu denen ja die Sozialdemokraten zweifellos gehören?

Daß sie die Sozialdemokraten in der Duma aber nicht ist ebenso merkwürdig, wie daß sie dort eine Fraktion von Revolutionär-Sozialisten, die überhaupt nicht vorhanden ist, mit den Oktoberisten zusammengehen sieht! Und noch eines ist zu bemerken: Vor ein paar Tagen noch hat die „Humanität“ einige energische Artikel über die polnische Frage gebracht, die von den Verbündeten Russlands forderten, diese als europäische Frage zu behandeln. Die russische Regierung hat wegen dieser unbequemen Erörterungen die französische Jentur unter ihre Oberaufsicht gestellt. Jetzt wird aber der „edlen“ Rede Lafonts, die die in jenen Artikeln entwickelten Ideen unabweislich abtut, gefolgt und die „Humanität“ erzählt ihren Lesern, daß die Fortsetzung des Krieges dem russischen „Liberalismus“ zugutekomme! Daß die fortschrittliche Entwicklung in der eigenen Mächtegruppe den militärischen Sieg, in den feindlichen Staaten die militärische Niederlage zur Voraussetzung habe, ist ein ganz moderner Lehrsat sozialistischer Politik, der seine Welterner allerdings nicht nur in Frankreich hat.

## Letzte Nachrichten.

### Die „Times“ über die Politik Amerikas.

London, 9. März. (W. Z. V.) Die „Times“ erzählt aus Washington vom 8., der Sieg des Präsidenten im Kongresse werde nach der Ansicht der Presse die Regierung in den Stand setzen, mit ihrer Politik fortzufahren, ohne dabei auf Schwierigkeiten zu stoßen. Es bestehe kein Anlaß zu der Annahme, daß die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten eine andere Richtung einschlagen werde als die, welche sie im letzten Jahre stets eingeschlagen habe. Der Präsident werde, wie man glaube, mit derselben Geduld vorgehen, wie bisher. Diese Auffassung stützt sich auf die Theorie, daß das amerikanische Volk den Frieden wünscht und sich gegen gefährliche Bewidlungen, die aus der schwierigen Frage der Lusitania-Angelagenheit oder selbst aus dem Tode von Amerikanern, die an Bord eines bewaffneten Handelsschiffes reisten, entstehen, zur Wehre setzen würde. Das bedeute nicht, daß die Vereinigten Staaten zugeben werden, daß ihre Ehre und ihre Rechte mit Füßen getreten werden. Sollte Deutschland ein unbewaffnetes Handelsschiff torpedieren oder irgendeine andere zum Himmel schießende Wiffel begeben, dann würde ein Krieg sehr nahe sein. Aus der Haltung des Kongresses sei ersichtlich gewesen, daß das Volk dem Präsidenten aufrichtig beistehen werde, um sein Wort einzulösen, wenn eine derartige Wiffel begangen werden sollte. Dies sei die Lehre, die man aus den Ereignissen der letzten Woche ziehen könne.

### Die italienische Kabinettskrise unabwendbar.

Rom, 9. März. (Z. N.) Alle italienischen Morgenblätter geben heute zu, daß die Kabinettskrise unabwendbar sei. Der „Avanti“ beispielsweise spiegelt die Meinung aller Parteien wieder, wonach die Mehrheit der Kammer einig sei in der Erklärung, daß man in diesen allerersten Zeiten unmöglich die Leistung der Regierung einem groben, nervösen und müden Manne anvertrauen könnte.

### Die Wirren in Mexiko.

New York, 9. März. (W. Z. V.) Nach einem Telegramm der Associated Press aus Colimbo in Neu-Mexiko, griffen fünf-hundert Banditen Villas die Stadt frühmorgens an, brachten eine Anzahl von Zivilpersonen um und hielten anderthalb Stunden in dem Besitz der Stadt. Von amerikanischen Kavalleristen vertrieben, zogen sie sich zurück und ließen einen Teil der Stadt in Flammen ausgehen. Eine große Zahl von Mexikanern und mehrere amerikanische Kavalleristen wurden getötet.



# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Platzgeld zu nehmen — unerhört!

Diese Ansicht vertritt die Schlichtungskommission der Militär-schneider in ihrer letzten Sitzung einstimmig. Kunze vertritt die Forderung eines Arbeiters dem von der Firma R. „Platzgeld“ abgezogen worden war, im ganzen 30 M.

Der Vertreter der besagten Firma wollte das Gericht davon überzeugen, daß das Anrechnen eines Betrages für den Arbeitsplatz im Betriebe in Berlin allgemein üblich sei. Er berief sich auf zwei andere Unternehmer, die es ihm gesagt hätten. Seine Firma bestrebt bereits 10 Jahre am Platz.

Vorsitzender v. Schulz: „Ich bin 25 Jahre in meiner Stellung tätig und kenne alle Verhältnisse im Schneidergewerbe, aber davon weiß ich nichts. Der Fall ist ganz unerhört.“

Der Herr wollte sich aber durchaus nicht belehren lassen. Sämtliche Arbeitgeberbeisitzer bestätigten die Ausführungen des Vorsitzenden.

Arbeitnehmerbeisitzer Eder erklärt die Angelegenheit dahin: Es gebe Arbeitnehmer, die keinen Betrieb haben, diese arbeiteten dann bei einem Kollegen in dessen Räumen und zahlten dafür etwas. Das sei Platzgeld. Aber in einem Großbetrieb sei eine solche Verpflichtung ganz und gar ausgeschlossen.

Hauptmann Gelmboldt vom Wehrdienstamt sagte dem Herrn ganz unerbötlich, daß er sich dem letzteren gegenüber verpflichtet habe, dem Arbeiter 75 Proz. des Arbeitslohnes ungenügend auszuzahlen. Er habe also vertragswidrig gehandelt.

Der Vertreter verwies darauf, daß der Kläger durch Unterschrift anerkannt habe, daß die Firma ihm nichts schuldig sei.

v. Schulz: „Wir wissen hier, wie solche Unterschriften entstehen, dies ändert nichts an der Sache. Sie haben nicht korrekt gehandelt. Erst kürzlich haben eine Anzahl Arbeiterinnen durch Unterschrift 34 000 M. Arbeitslohn verloren. Wenn Sie sich weigern und Beweiserhebungen beantragen, so würden Sie uns in die peinliche Lage bringen, dem Oberkommando Anzeige erstatten zu müssen.“

Da der Vertreter dabei blieb, seine Firma habe nicht inkorrekt gehandelt, so kam die Kommission zu folgendem Beschluß: Der Kläger, den Kunze vertrat, solle persönlich erscheinen. Die Angelegenheit wird dem Oberkommando unterbreitet.

Jetzt ersuchte der Vertreter um die Erlaubnis, seine Firma telefonisch um Verhaltensmaßnahmen anrufen zu dürfen. Dies wurde ihm gestattet. Nach geraumer Zeit teilte er mit, daß die 30 M. an Kunze zur Auszahlung kämen. Die Kommission erklärte daraufhin, ihren gefassten Beschluß als nicht geschehen zu betrachten.

In zwei Klagen, wo die Beklagten zum Termin nicht erschienen sind, beantragt Kunze, dies den zuständigen Militärbehörden zu übermitteln. Dem Antrag wird entsprochen.

„Nicht ermittelt“ — „Firma ist erloschen“ lauten die Postvermerke auf den Ladungsschreiben, die an eine jener Firmen gerichtet waren, für die man die Bezeichnung „Kriegs-Eintagsfliegen“ anwenden konnte; Firmen, die wie das Wehrdienstamt bald hier bald da auftauchen und wieder spurlos verschwunden sind, ehe man ihrer habhaft werden konnte.

Es wird nunmehr ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Die Vollmacht, zu schlechten Preisen arbeiten zu lassen, hatte die Frau eines Unternehmers, der seit Juni eingezogen ist, aber nicht die Vollmacht, Nachforderungen zu bezahlen. Dabei leitet sie, wie zur Sprache kam, das Geschäft ganz selbständig.

Zwei Arbeiterinnen hatten Militärhosen gemacht und 80 bzw. 90 Pf. pro Stück erhalten, 3,10 M. hätten sie erhalten müssen.

Die Vertreterin gab an, sie hätte nichts von Tarif gelesen.

v. Schulz: Laut Entscheidung des Reichsgerichts ist jeder Gewerbetreibende verpflichtet, Zeitungen zu lesen und sich über die darin enthaltenen Verordnungen zu orientieren.

Die Arbeiterinnen sagten aus: Als sie Tariflöhne haben wollten, wurden sie scharf entlassen. Eine Kollegin, die gefügt hatte, mit 1 M. pro Stück könnte man zufrieden sein, durfte weiterarbeiten.

Kunze übernimmt auf Ersuchen die Vertretung der Klage, beantragt aber, wenn die Beklagte wieder nicht erscheine, die Sache dem Oberkommando zu übermitteln.

Vorsitzender v. Schulz zu der Vertreterin: „Wir zeigen Sie erbarungslos an, wenn Sie die Sache nicht aus der Welt schaffen. Die Löhne, die Sie bezahlt haben, sind kaum zu bezeichnen!“

In einer Klage gegen den Unternehmer Damm, der nicht erschienen ist, beantragt Kunze, eine Abschrift der Verhandlung dem Oberkommando zu übermitteln, da Damm auf Grund der Verordnung vom 1. Januar d. J. an sich strafbar gemacht habe. Die Kommission beschließt so.

## Der Buchbindertarif.

Wie wir am 4. März berichteten, sind die Verhandlungen über eine Verlängerung des Dreihärtetarifs der Buchbinder ergebnislos verlaufen. Nach längeren Beratungen hatten die Arbeitnehmer ihre ursprüngliche Forderung: 15 Proz. Lohnzulage dahin abgeändert, daß sie nach der Lohnhöhe abgestufte Zuschläge von 5—9 Pf. für Arbeiter und 5—7 Pf. für Arbeiterinnen, sowie 15 Proz. auf verschiedene Akkordsätze forderten. Da die Arbeitgeber den tariflichen Mindestlohn nur um 5 Pf. für Gehilfen und 3 Pf. für Arbeiterinnen erhöhen wollten, wurden die Verhandlungen abgebrochen, um vielleicht später wieder aufgenommen zu werden, nachdem zunächst die Mitgliederpreise zu der Angelegenheit Stellung genommen haben würden.

Die Berliner Buchbinder beschäftigten sich mit dieser Sache in ihrer Mitgliederversammlung am Dienstag. Der ausführlichen Berichterstattung über die Verhandlungen folgte eine längere Aussprache, in der im allgemeinen der Standpunkt vertreten wurde: Im Hinblick auf die gegenwärtigen Lebensverhältnisse, unter denen die Arbeiter am schwersten leiden, seien die zuerst gestellten Forderungen durchaus berechtigt. Das Angebot der Arbeitgeber, nur 5 bzw. 3 Pf. Zulage zu gewähren, müsse entschieden abgelehnt werden, weil dadurch der Lebensmittelpreis nicht im erforderlichen Maße getriggert werde. Das mindeste, was gewährt werden müsse, wenn nur ein geringer Ausgleich zwischen dem Lohn und den Lebensmittelpreisen herbeigeführt werden solle, sei die bei den Tarifberatungen gestellte abgeänderte Forderung der Arbeitnehmer. Nur unter der Voraussetzung, daß diese Forderung einschließlich der sonst noch von den Arbeitervertretern gestellten Anträge voll und ganz bewilligt werden, sei die Verlängerung des Tarifs auf ein Jahr anzunehmen.

Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen, nachdem eine andere Resolution abgelehnt worden war, welche forderte, daß wegen der zu geringen Zugeständnisse der Unternehmer die Verhandlungen nicht fortzusetzen, sondern erst nach Friedensschluß wieder aufzunehmen seien.

## Deutsches Reich.

### Der Bergarbeiterverband im Kriegsjahr 1915.

Wie alle anderen Gewerkschaften, hat auch der Bergarbeiterverband unter der Wirkung des Krieges zu leiden. Schon in den ersten Kriegsmontaten 1914 wurde der größte Teil der Verbandsfunktionäre aus den Bezirks- und Zentralstellenleitungen zum Wehrdienst eingezogen. Dadurch wurde die Erledigung der Verbandsgeschäfte sehr erschwert, und es gingen deshalb auch viele Stellen ein. Das Jahr 1915 hat in dieser Beziehung keine Besserung gebracht. Immer neue Rufen wurden in die Mitgliederlisten gerufen. Trotzdem steht der Verband, wie der Jahresabschluss für 1915 zeigt, gefestigt da. Manche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und auch des Knappschaftsweins konnten erreicht werden. Denn nicht alle Wünsche der Bergarbeiter in Erfüllung gingen, so liegt das nicht zuletzt daran, daß noch ein großer Teil der Bergleute unorganisiert ist und deshalb den Bestrebungen der Organisation teilsahnlos gegenübersteht.

Der Verband zählte am Jahresabschluss 46 371 Mitglieder. Die Zahl der Neuzugänge ist von 18 200 im Jahre 1914 auf 6529 im Berichtsjahre zurückgegangen. An Mitgliederbeiträgen gingen 985 317 M. ein gegenüber 1 890 554 M. im Vorjahre. An Sozialbeiträgen, Extramarken und sonstigen Einnahmen wurden 27 744 M. und an Zinsen 194 883 M. vereinnahmt. Die Gesamteinnahme betrug 1 174 373 M., darunter 178 268 M. Aufwendungen betrugen insgesamt 415 977 M., darunter 178 268 M. Kriegszugunterstützung, 174 984 M. Krankenunterstützung. Der Vermögensstand in der Hauptkasse betrug am Jahresabschluss 3 448 067 M., gegenüber 3 156 161 M. im Vorjahre. In den Bezirken und Ortskassen befanden sich noch 80 854 M., so daß am Jahresabschluss ein Gesamtvermögen von 3 528 921 M. gegenüber 3 207 861 M. im Vorjahr vorhanden war. Der Vermögensbestand hat sich im Jahre 1915 also um 321 060 M. vermehrt. Auf den Kopf des Mitgliedes entfiel 1915 ein Vermögen von 78,04 M., während es im Vorjahr 69,63 M. betrug.

## Ausland.

### Streik der Blumenmacherinnen in New York.

Punkt 2 Uhr legten am 9. Februar etwa 30 000 Blumenarbeiterinnen und Arbeiter die Arbeit nieder und traten in den Streik. Sie verlangen eine Regelung der Löhne und der Arbeitszeit und Anerkennung der Organisation. Der Streik nimmt zu und scheint sich auf andere Städte auszudehnen. Die Behörden griffen natürlich zugunsten der Unternehmer ein und verhafteten in den ersten Streiktagen bereits an 100 Arbeiterinnen und Arbeiter wegen Streikpostens.

## Aus der Partei.

### „Arbeiter-Jugend“.

Die sieben erscheinende Nr. 6 des achten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Die Wandlungen der militärischen Jugend-erziehung. Von Heinrich Schulz. — Eine Winterwanderung. Von C. A. Seidel. — Unsere Zentralstelle und die militärische Jugend-erziehung. — Ein Tag wird kommen. Gedicht von Erich Kraus. — Die epirrotische Küste und Korfu. Von L. Boffen. (Mit Abbildungen.) — Sturmnacht. Gedicht von Jürgen Brand. — Die Triebkräfte der Geschichte. II. Von R. Sachs. — Das Lebensrätsel. Von E. Drucker. (Schluß.) — Wissenswertes von der Sprache.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 24. Heft vom 1. Band des 34. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Sozialdemokratische Steuerpolitik. Von R. Kautsch. — Die Sorge für die Karlsruher Jugend. Von Ed. Bernheim. — Belgien. Von Ederlater. — Literarische Rundschau: Dr. Aug. v. H. E. Schröder. Die Eisenindustrie unter dem Artoze. Von G. Ullrich. — Notizen: Oesterreich und Ungarn. Von etc.

**Deutsches Theater.**  
Direktion: Max Reinhardt.  
7 1/2 Uhr: **Macbeth.**  
Sonnabend: **Macbeth.**  
Sonntag nachm. 2 1/2 (kleine Pr.):  
Missa von Brahms.  
**Kammerspiele.**  
8 U., a. 1. M.: Der eingebildete Kranke.  
Sonnabend: Der eingebildete Kranke.  
Sonntag nachm. 2 1/2 (kleine Pr.):  
Die deutschen Kleinstädter.  
**Volksbühne.** Theater a. Bülowpl.  
8 1/2 U.: **Fuhrmann Henschel.**  
Dir. Meinhard-Bernauer.  
**Theater i. d. Königgrätzerstraße**  
8 Uhr: **Kameraden.**  
**Komödienhaus**  
8 1/2 U.: Das Mädchen aus der Fremde.  
**Berliner Theat.**  
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

**Lessing-Theater.**  
Direktion: Victor Barnowsky.  
7 1/2 U.: **Kaiser und Gallier.**  
Sonnabend und Sonntag:  
**Die gutgeschchnittene Ecke.**  
**Deutsches Künstler-Theater.**  
Allabendlich 8 Uhr:  
**Die selbige Exzellenz.**  
**URANIA**  
Taubenstr. 48/49.  
8 Uhr  
**Aegypten, der Suezkanal  
und der Weltkrieg.**

**Luisen-Theater**  
Täglich 8 1/2, Sonntags 8 Uhr:  
**Charlotte Klinger.**  
Sonnabend  
**Max und Moritz.**  
4 Uhr:  
Sonntag  
**Die Räuber.**  
8 Uhr:  
Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.  
**Possen-Theater**  
Länienstraße, a. d. Friedrichstr.  
8 1/2 U.:  
**Kobis Abenteuer  
Der große Augenblick**  
mit Leonhard Haackel  
und Siegfried Berisch

**Gross-Busch**  
Tägl. 8, Sonnab. u. Sonnt. 3 1/2 u. 8 U.  
Das neue  
**Märzprogramm a.  
Elwino**  
in seinen Tauch- u. Entfesselungs-  
Produktionen! U. a.:  
**Entfesselung unter Wasser**  
2000 Qfd. schwer, belg. Goliath  
Arbeitspferd  
i. d. hoh. Schule gen. a. Pri. Botom.  
4 Renelles, am Laiford.  
Elise Martens, der lebende Helder!  
3 Jahnzeicks, Kalkaufstroboten.  
Zum Schluß:  
**Ein Wintermärchen.**

**Rose-Theater.**  
8 Uhr: **Ein Schlag ins Gesicht.**  
Vorg. 4 Uhr: **Der gestiefelte Kater.**  
**WINTERGARTEN**  
Um auch der breiteren Masse  
des Publikums den Genuß  
eines hochklassigen welt-  
städtischen Programmes zu-  
teil werden zu lassen, hat sich  
die Direktion schon jetzt ent-  
schlossen, die neuen Früh-  
jahrspreise einzuführen, welche  
schon für 60 Pf. bis 1,50 M.  
(Parkett 2 Mark)  
nicht nur eine Fülle von Spe-  
zialitäten, sondern auch eine  
Burleske, Operette u. Kino in  
bunter Reihenfolge seh. lass.  
Die Preise werden weder  
durch Steuer noch Vorver-  
kaufsbühren irgendwie er-  
höht. Trotzdem zum Preise  
von 2 M. allein 239 Plätze zur  
Verfügung stehen, empfiehlt  
sich der Verkauf wegen der  
außerordentl. stark. Nachfrage.

**Walhalla-Theater.**  
8 1/2 Uhr: **Die Förster-Christl.**  
Vorg. 7 Uhr: **Grigri.**  
**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
Zum 135. Male:  
**„Die von der  
Emden.“**  
Für Militärper-  
sonen / reitet  
Eintritt zu den  
Stett. Sängern.  
Anfang 8 Uhr.  
**Palast**  
Theater  
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr.  
**Voller Erfolg**  
des Riesen-März-Programms  
**Oiga Desmond**  
in ihr. Neuheit: Ein Gelgertum  
**Bernhard Hörbits**  
der berühmte Komiker.  
Wiederauftreten **Leue Land**,  
die popul. Parod. u. d. übrigen  
Schlager. 12 orstkl. Nummern.

**Theater für Freitag, den 10. März.**  
Deutsches Opernhaus Charlottbg.  
8 Uhr: **Carmen.**  
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.  
8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**  
Kleines Theater.  
8 Uhr: **Jelichen Geberl.**  
Komische Oper.  
8 Uhr: **Jung muß man sein.**  
Lustspielhaus.  
8 1/2 Uhr: **Der Gatte des Fräuleins.**  
Metropol-Theater  
8 Uhr: **Die Kaiserin** (Maria Theresia).  
Sonntag 3 Uhr: **Wiener Blut.**  
Montis Operetten-Theater  
8 Uhr: **Der Sterngucker.**  
Schiller-Theater 0.  
8 Uhr: **Wilhelm Tell.**

Schiller-Th. Charlottenbg.  
8 Uhr: **Das Lumpengesindel.**  
Residenz-Theater  
8 1/2 Uhr: **Loge No. 7** m. Henry Bender.  
Sonnt. 3 1/2 U.: **Die Prinzessin vom Nil.**  
Thalia-Theater.  
8 Uhr: **Blondinchen.**  
Theater am Nollendorfpl.  
8 1/2 U.: **Immer feste druff!**  
Theater des Westens  
8 Uhr: **Das Fräulein vom Amt.**  
mit Guido Thielscher.  
Trianon-Theater.  
8 1/2 U.: **Verheiratete Junggesellen.**  
Gedr. **Herrnfeld**. Theater  
8 Uhr: **Sokrates und Perlmutter.**

**Volgt-Theater.**  
Sadstr. 58. Sadstr. 58.  
11. und 12. März 1916:  
**Die Else vom Erlenhof.**  
Vollständ. aus dem Schwarzwald in  
5 Akten, von Siegf. Konr. Staad.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**Casino-Theater**  
Lothringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr:  
Neu! Neu!  
Das erste Vollstück  
in dieser Spielzeit!  
**Die Vogelscheuche.**  
Dazu das große Märzprogramm.  
Sonntag 4 Uhr: **Ihr Gottlieb.**

**Berliner Konzerthaus.**  
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.  
Heute  
**Großes Konzert**  
zum Besten der Verwundeten des Königin-Elisabeth-Garde-  
Grenadier-Regiments Nr. 3.  
Mitwirkende:  
Konzert- und Oratoriansängerin **Frau Martha Dreyer-Wolff**,  
der unter Leitung des Kgl. Kammervirtuoson Herrn **Ludwig  
Platz** stehende **Koslecksche Bläserbund**, das **Berliner  
Konzerthaus Orchester**. Leiter: Komponist **Franz v. Sion**.  
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Karten im Vorverkauf zu 1 M. und 50 Pf. bei A. Wertheim,  
Bote & Bock, im Berl. Konzerthaus u. den mit Plakaten belegten  
Handlungen.

**BOSNIA  
CIGARETTEN**  
**Jelina**  
28  
H  
Buchhandlung Vorwärts  
Zindentstraße 3.  
Soeben erschienen:  
**Kriegführung  
Heer & Flotte**  
Militärische Fachausdrücke  
Gemeinverständlich erläutert  
von  
**Ernst Däumig.**  
Preis 10 Pf.



# Das Koalitionsrecht der Eisenbahner.

In der verstärkten Haushaltskommission des Abgeordnetenhauses ist bei Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung auch die Frage des Koalitions- und Streikrechts der Eisenbahner zur Sprache gekommen. Nach dem jetzt vorliegenden offiziellen Bericht wurde von dem Vertreter der Sozialdemokratie Kritik an der Dienstordnung für die Eisenbahnarbeiter geübt, die die Teilnahme an „sozialdemokratischen und ordnungsfeindlichen Bestrebungen“, Vereinen und Versammlungen, das Halten und Verbreiten sozialdemokratischer Zeitungen und Broschüren, den Besuch sozialdemokratischer Versammlungen und die Mitgliedschaft beim Transportarbeiterverband und bei solchen Vereinen und Verbänden verbietet, die die Arbeitseinstellung als zulässig anerkennen. Vereinstätigkeit im vorigen Jahre wurde von sozialdemokratischer Seite auf diese Verfügung hingewiesen. Der Minister hat damals erklärt, daß es sich um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung handle, die während des Krieges nicht aufgeworfen werden soll. Inzwischen ist die Dienstordnung geändert und folgende Bestimmung aufgenommen worden:

„Auch außerhalb des Dienstes hat der Arbeiter sich achtbar und ehrenhaft zu führen und von der Teilnahme an ordnungsfeindlichen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen fernzuhalten. Vereinen oder Verbänden, die die Arbeitseinstellung als zulässiges Kampfmittel erachten oder unterstützen, darf er nicht angehören.“

Diese Bestimmung bedeutet einen Ausschluß der gewerkschaftlichen Organisationen. Die Behandlung der Gewerkschaften durch die neue Dienstordnung berührt, wie der sozialdemokratische Redner nach dem Bericht ausführte, um so unangenehmer, als die Gewerkschaften auf Grund des Vereinsgesetzes bestehen und der Bundesrat demnächst dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorlegen wird, durch welchen den Gewerkschaften noch größere Freiheiten in der Vereinsbetätigung gegeben werden sollen. Es liegt hier ganz offenbar ein Widerspruch zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung vor. Der Eisenbahnminister erwiderte hierauf, daß, solange die während des Krieges neu eingestellten Arbeiter nicht als ständige Arbeiter, sondern lediglich auf Grund der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches angenommen seien, man von ihnen nicht verlangen habe, daß sie von dem Dienstvertrage Kenntnis genommen hätten und sich danach richten würden. Der Dienstvertrag bestimmt bekanntlich, daß die Arbeiter den freien Gewerkschaften, dem Transportarbeiterverband, der Reichssektion der Eisenbahnarbeiter, sowie überhaupt solchen Vereinen und Verbänden, die die Arbeitseinstellung für zulässig erachten, nicht angehören dürfen. Als sich die Notwendigkeit herausstellte, die Arbeiter zu ständigen Arbeitern zu machen, ist wieder eine festere Grundlage für die Regelung des Arbeitsverhältnisses geschaffen worden. Hierbei ging der Minister davon aus, daß es in jetziger Zeit nicht angängig sei, die Arbeiter auf Bestimmungen zu verpflichten, die ausdrücklich gegen die Sozialdemokratie und gegen bestimmte Gewerkschaften Stellung nehmen. Aus diesem Grunde ist in der neuen Dienstordnung der frühere Hinweis auf die Sozialdemokratie entfallen, dagegen ist das Streikverbot wieder mit aufgenommen. Diese Bestimmung richtet sich nach Ansicht des Ministers nicht gegen eine Partei oder gegen eine bestimmte Vereinigung, sondern sie besagt ganz allgemein, daß der Arbeiter, der in den Dienst der preussischen Staatsbahnen treten wolle, auf die Arbeitseinstellung und auf die Zugehörigkeit zu einer Vereinigung verzichte, die die Arbeitseinstellung für zulässig erachtet. Die christlichen Gewerkschaften haben sich bekanntlich dem ministeriellen Verlangen gefügt, sie haben für die Eisenbahnarbeiter eine Abzweigung gebildet, den sogenannten Eiserfelder Verband, in dessen Sitzungen ausdrücklich auf das Streikrecht der Eisenbahnangehörigen verzichtet ist. Ebenso haben sich die Hirsch-Dunckerschen Verein und auch der Technikerverein verhalten. Dagegen hat der Allgemeine Deutsche Transportarbeiterverband auf das Streikrecht nicht verzichtet. Aus diesem Grunde erklärte der Minister, könne er, so sehr er auch geneigt sei, die sozialen und wirtschaftlichen Verdienste der freien Gewerkschaften während des Krieges anzuerkennen, der Forderung der Sozialdemokratie nicht folgen, um so weniger, da die freien Gewerkschaften sich bisher mit einem entsprechenden Antrage noch nicht an ihn gewandt hätten.

Wenn es auch keinem Zweifel unterliegt, daß, wie früher, so auch diesmal die große Mehrheit des Landtages sich auf die Seite des Ministers stellen wird, so wird ihm doch im Plenum Gelegenheit gegeben werden, seinen Standpunkt vor aller Öffentlichkeit darzulegen. Die Arbeiter werden daraus erschen, wie es um die „Neuorientierung“ in Preußen bestellt ist.

## Abgeordnetenhauses.

23. Sitzung, Donnerstag, den 9. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemer, v. Breitenbach, Dr. Lenge.

Der Etat der Gestütsverwaltung wird nach unwesentlicher Debatte, der Etat der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen ohne Debatte angenommen. Es folgt der

### Eisenbahnetat.

Abg. v. d. Groeben (L.)

Bei der Notwendigkeit sparsamster Wirtschaft. Gewisse wichtige Erfordernisse dürften allerdings nicht leiden, so vor allem der notwendige Ertrag des Wagenparks. — Redner geht des weiteren kurz auf die Frage des Uebergangs der Eisenbahnen auf das Reich ein und erklärte aus praktischen und idealen Gründen das Verbleiben der Eisenbahnen bei Preußen für geboten. (Bravo! rechts.) Wie der Minister einerseits scharf darauf halten muß, daß Ordnung und Disziplin unter seinen Beamten und Arbeitern herrscht, möge er auch andererseits weiter in der Fürsorge für sein gesamtes Personal fortfahren wie bisher. (Bravo! rechts.)

Eisenbahnminister v. Breitenbach:

Die Frage, ob es angezeigt ist, die deutschen Eisenbahnen auf das Reich zu übertragen, ist gerade in letzter Zeit vielfach behandelt worden. Als die Verantwortlichkeit der preussischen Eisenbahnen erfolgte, herrschte die größte Zersplitterung im deutschen Eisenbahnwesen. Heute umfaßt die preussisch-keislerliche Eisenbahngemeinschaft mit den elsass-lothringischen Eisenbahnen 67 Prozent der gesamten deutschen Eisenbahnen. Betrieb und Verwaltung dieser Bahnen ist einheitlich straff organisiert. Trotz der partikularen, immerhin dem föderativen Aufbau des Reiches entsprechenden Gestaltung des Eisenbahnwesens haben die deutschen Eisenbahnen zu keiner Zeit den Reichsgedanken beiseite geschoben. Würde das Reich genötigt sein, die bundesstaatlichen Eisenbahnen zu erwerben, so würde es ein außerordentliches Risiko eingehen, weil die mäßigen Ersparnisse

aufgelesen würden durch die Steigerung der personellen und sachlichen Betriebs- und Verwaltungskosten. Nachdem das Reich von neuem durch Blut und Eisen gefestigt worden ist, bin ich überzeugt, daß die deutschen Eisenbahnen das, was heute noch fehlt, an materieller erstrebenswerter Einheit erreichen werden und müssen durch bundesfreundliches Entgegenkommen unter Festhaltung des Reichsgedankens. Die preussische Regierung ist nicht geneigt, in der Frage der Uebertragung der Eisenbahnen auf das Reich von ihrem bisherigen Standpunkt abzugehen. Geheimrat Kirchhoff, der auf Grund der Kriegserfahrungen für die Reichseisenbahnen eintritt, sagt, er sei der Vollzieher Bismarckscher Pläne. Ich stehe auf dem Boden der Billigkeit. Ich fühle mich verantwortlich als Leiter und Verwalter des großen Bismarckschen Werkes der preussischen Staatsbahnen und um dessen Grundfesten will ich nicht rütteln lassen, ich möchte denn ganz festen, sicheren Boden unter den Füßen haben. Die kirchhoffischen Vorschläge lassen diesen Boden vermissen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. (Außerdem Kultusetat). Schluß 2 Uhr.

## Die Kartoffelnot in Berlin.

Stadtverordneten-Versammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 9. März 1916, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Micheler eröffnet die Sitzung. Die Versammlung nimmt zunächst Ausschusswahlen vor. In dem Ausschuss für die Armenämtervorlage wird die sozialdemokratische Fraktion durch Barlowski, Ewald, Ginge, Ed. Hoffmann, Dr. Rosenfeld, für den Stadthaushaltsetat für 1916 durch Glöde, Ranasse, Mann, Ritter, Paul Schulz vertreten sein. Für die am 24. v. M. erfolgte

Kartoffelvorratsermittlung

sollen nachträglich 6000 M. bewilligt werden.

Stadt. Sturm (Soz.): Die Kartoffelvorräte in Berlin werden sich bei dieser Erhebung als sehr wenig umfangreich herausgestellt haben, nicht, wie die Agrarier behaupten, ist hier ein so ungeheurer Ueberfluß aufgeschampt worden, daß Berlin gar keine Verdrängung verdient. Anders als in Berlin und in den größeren Städten sieht es im Lande aus, aber darüber erfahren wir nichts, über die Vorräte bei den Erzeugern, auf die es doch ankommt, wird keine Erhebung veranstaltet, da bleiben wir auf Schätzungen angewiesen. Von mindestens 50 Millionen Tonnen Kartoffelernte brauchen wir für die menschliche Ernährung nur 15 Millionen; die von jetzt ab noch notwendige Menge von 3 Millionen muß unbedingt noch da sein. Aber sie sind nicht da; überall in den städtischen Gemeinden herrscht die traurigste Kartoffelnot. Vor einem Jahr erlebten wir daselbe Trauerspiel. Damals, im Februar, März, Anfang April Kartoffelnot und wahnsinnig gestiegene Preise, dann, wie aus dem Boden gezaubert, Kartoffeln in solchem Ueberfluß, daß sie verfaulen mußten; jetzt dieselben Tatsachen und dieselben Ursachen: Höchstpreise ohne Enteignung und Beschlagnahme. Derartige Höchstpreise sind, das hätte man in den 20 Monaten lernen können, nur ein Anreiz zur Zurückhaltung. Die Landwirte wissen, daß Höchstpreise nur eine vorübergehende Erscheinung sind und die Eigenschaft haben, immer höher zu werden. Alle Verordnungen, die gegen die Zurückhaltung ergangen sind, stehen auf dem Papier; wer das noch nicht gewußt hat, dem hat es Herr v. Oldenburg-Franzschau mit aller Deutlichkeit gesagt. Der hat zu der Provinzialverwaltung Vertrauen. Grund genug für uns Städter, berechnigtes Mißtrauen zu legen. Der eingefetzte Veirat, den man gehört hat, ist nicht der, den wir im Reichstage beantragt hatten, der einer Reichszentralstelle für Lebensmittelversorgung anzuschließen war, welche Stelle ihrerseits das Recht der Beschlagnahme und Enteignung haben sollte; jetzt liegt die Ausführung der Verordnungen bei denen, die Herren v. Oldenburg nahesteht. Der Wirrwarr von Verordnungen hat die Dinge nicht besser, sondern schlimmer gemacht. Zuerst ein Erzeugerpreis von 2,75 M. und gleichzeitig die Belastung der Gemeinden mit der Verantwortung für die Versorgung der Gemeindeglieder, ohne daß die Reichslandwirtschaft den Gemeinden das angemessene Quantum zu liefern verpflichtet war. Dann kam die Verordnung wegen Gewährung einer Vergütung an die Landwirte für die Aufbewahrung, dann die zweifache Androhung von Enteignungen; die Landwirte dachten: „Dor laß ich über“ und lieferten keine Kartoffeln, enteignet wurde nichts. Dann wurden alle Maßnahmen auf den Kopf gestellt, die Vergütungsverschrift gestrichen, aber der Armenverwaltung freigestellt, zu jedem Preise zu kaufen. Schließlich völlige Kapitulation der Regierung vor den Landwirten; der Höchstpreis blieb auf dem Papier stehen, aber den Landwirten ein Preis von 4 M. garantiert; der Staat macht sich nobel, indem er aus der einen Tasche des Steuerzahlers etwas gibt und es aus der anderen nimmt; den Vorteil hatten allein die Landwirte. Das nennt man Triumph der Organisation! Mit der Höchstpreisfestsetzung von 2,75 M. hat man demotisch geradezu Spaß zu treiben verstanden; die Landwirte lieferten auch weiter nicht, sondern warteten auf fernere Erhöhung, und sie haben recht behalten: Die neueste Verordnung bringt ihnen eine ganz gewaltige Erhöhung von 65 auf 90 M. die Tonne, eine Steigerung von 2,75 auf 4,50 bis 5,25 M. für den Zentner, wobei dem Unfug mit den Saatkartoffeln Tür und Tor wieder geöffnet wird. Und für alle Eventualitäten wird den Städten die finanzielle Verantwortung aufgedrückt! Sie müssen bis zum 15. August ihren Bedarf bei der Reichslandwirtschaft anmelden, die ist aber nicht verpflichtet, zu liefern; für unsere jetzt zu machende Vorausbestellung müssen wir jene Verantwortung tragen, eine Sicherheit, daß wir die Kartoffeln bekommen, haben wir aber nicht. Und bei einer Verordnung von solcher Tragweite hat man wieder die Stadtvertretungen noch die Landesregierungen gehört! Der Reichslandwirt hat sie allein erlassen, auf Grund seiner Befugnis. Das haben wir jetzt erfahren aus den Verhandlungen des sächsischen Landtages; gewissen agrarischen Kreisen ist also selbst der Bundesrat noch nicht zuverlässig genug! Jeht Pfund Kartoffeln werden nicht mehr 40, sondern 65—70 Pf. kosten; eine vierköpfige Familie wird in den 150 Tagen bis zum 15. August statt 24 M. 40,50 M. ausgeben müssen; und es läßt sich berechnen, daß in den Städten über 2000 Einwohner die Wehrtaufwendung, die Versteuerung 235 Millionen Mark ausmacht. (Hört! hört!) Diese Mißstände müssen Mißstimmung im Volke hervorrufen, müssen Unwillen und Unruhe erzeugen. Und zur selben Zeit, wo man dem Volke die Kartoffeln so verteuert, appelliert man an seinen Opfermut, Kriegsanleihe zu zeichnen! Berlin muß protestieren gegen eine solche Wirtschaft zum alleinigen Vorteil der Großgrundbesitzer. Dem großen Haufe wird durch die politischen Wirbelstürme in den Rücken getrieben, was die arme Bevölkerung mit so schwerer Mühe erworben hat. Diese Versteuerung sichert nicht einmal die Zufuhr. Ein Nachtrag zur letzten

Verordnung fehlt zwar eine Strafe für den zwangswise Enteigneten fest, aber dazu gehört eben, daß er auch enteignet wird. Sind die Kartoffeln im Mai, wo sie sich zu verkaufen beginnen, nicht mehr als Speisekartoffeln geeignet, dann kann sie der Landwirt nicht mit 5—6, sondern mit 8 1/2 M., eventuell, wenn die Wünsche der Spirituszentrale in Erfüllung gehen, mit 10—11 M. verwerten! Wir haben es hier mit einem Juwel an guter Organisation der Landwirte zu tun, der wir macht- und hilflos gegenüberstehen. Das Volk fordert, daß die Kartoffeln billiger werden, sonst müssen die Kriegsunterstützungen erhöht werden; die Regierung muß für die Beschaffung der Kartoffeln die Verantwortung übernehmen. Hört man doch jetzt sogar von

### Brotmangel infolge der Kartoffelnot!

Die Stadt und ihre Verteilungsstelle trifft kein Vorwurf. Die Produktion muß geregelt und organisiert werden, wie wir es schon im August 1914 vorgeschlagen hatten; die Heimarmer muß an Leben bleiben können. Kommt die Kartoffelkarte, so verlangen wir auch für sie Freizügigkeit für Groß-Berlin. Der Magistrat muß bei den jetzt schwebenden Verhandlungen alles versuchen, damit die Versorgung sichergestellt, der Höchstpreis ermäßigt und der Wiederkehr dieses elenden Wirrwars vorgebeugt wird. Das Volk hat lange genug geduldet sich diese Mißstände gefallen lassen; ich weiß aber, daß die Geduld des Volkes bald zu Ende sein wird.

Oberbürgermeister Vermuth: Die Zählung vom 24. Februar hat ein wesentlich geringeres Ergebnis gezeigt als die vom 21. Dezember. Die Vorräte reichten für eine inzwischen fast schon verstrichene Reihe von Tagen. Die Zufuhren seither blieben ganz bedeutend unter dem Durchschnitt von 20 000 Zentnern pro Tag und haben heute zuerst den Durchschnitt erreicht — hoffentlich eine gute Vorbedeutung. Der Vorratsetzt in der Annahme, daß die Kartoffelstelle nicht zur Lieferung verpflichtet sei; der Wortlaut der Verordnung läßt darüber keinen Zweifel. Für uns bleibt es allerdings von entscheidender Bedeutung, daß es den Behörden gelingt, die Erzeuger auch wirklich zur Lieferung effektiver Ware zu veranlassen. Äußerungen wie die des Herrn v. Oldenburg sind sehr geeignet, uns in große Beunruhigung und Ueberraschung zu versetzen; es erklären sich daraus eventuell manche Unzutunlichkeiten, die wir in letzter Zeit haben erfahren müssen. Für uns ruht das Heil einzig darin, daß die von der Reichsverwaltung getroffenen Anordnungen, wenn nötig, unter Anwendung aller Nachmittels durchgesetzt werden. (Allgemeine Zustimmung.) Mehr als ein Uebergangszustand können und dürfen die gegenwärtigen Verhältnisse nicht sein. (Beifall.)

Stadt. Dr. Levy II (Linke): Die Regierungsmassnahmen waren recht wenig zweckmäßig; hineingefallen sind diejenigen Landwirte, welche den früheren Erklärungen der Regierung vertraut haben und jetzt sehen müssen, wie ihre weniger vertrauensvollen Erwerbsgenossen viel höhere Preise erhalten. Ebenso aber werden sich die Städter beschwert fühlen, die statt 40 jetzt 65 Pf. für 10 Pfund bezahlen müssen. Um eine Vorratsaufnahme bei den Erzeugern hat sich die Regierung überhaupt nicht gekümmert, zurzeit müssen wir tatsächlich von der Hand in den Mund leben; von Mitte Mai ab aber wird es besser werden. Kommt die Kartoffelkarte, so müssen auch hier Zusatzarten gewährt werden.

Stadt. Körte (Fr. Fr.): Auch wir sprechen zu dem bisher Befagten einmütig unsere Zustimmung aus. Ganz besonders bedauern wir das Vergehen der Reichslandwirtschaft.

Die nachträgliche Bewilligung der 6000 M. wird darauf beschlossen.

Der im Etat für 1915 für die Armenpflege im Winter 1915/16 ausgeworfene Zuschuß von 60 000 M. hat sich infolge der Teuerung und des gestiegenen Zubrangs als völlig unzureichend erwiesen. Es wird eine Nachbewilligung von 108 000 M. beantragt.

Stadt. Dings (Soz.) stimmt der Vorlage zu, protestiert aber dagegen, daß vorher darüber weder die Armenverwaltung noch das Direktorium der Armenpflege gehört worden ist. Die Rot der Bevölkerung bei der jetzigen Teuerung sei so groß, daß die Speisung auch über den 30. März hinaus fortgesetzt werden müsse.

Eine Resolution im Sinne der letzteren Anregung gelangt zur Annahme; die verlangte Summe wird bewilligt.

An die städtische Studienanstalt in der Fähringerstraße soll von Michaelis 1916 an eine gymnasiale Abt. u. t. u. n. g. angegliedert werden.

Stadt. Dr. West (Soz.) empfiehlt die Vorlage als einen Fortschritt im Sinne der Gleichberechtigung der Frauennwelt und regt eine bessere Propaganda in der Presse für diese Anstalten und die Gewährung von Erziehungsbefreiungen für hervorragend begabte Kinder aus minderbemittelten Kreisen an. Auch sollte man den Zugang aus den Vororten durch Befreiung der Schulgeldifferenzierung erleichtern.

Nachdem Stadtschulrat Dr. Reimann eine überwiegend entgegenkommende Erklärung abgegeben, wird die Vorlage angenommen.

Schluß 1/8 Uhr.

## Politische Uebersicht.

### Gegen die Reichseisenbahnen.

Das preussische Abgeordnetenhause begann am Donnerstag nach Erledigung der Etats der Gestütsverwaltung und der Ansiedlungskommission die zweite Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung. Aus der Debatte, die mit Rücksicht auf die Budgetkommission zu ungewöhnlich früher Stunde abgebrochen wurde, ist eine bemerkenswerte Rede des Eisenbahnministers gegen die Reichseisenbahnen hervorzuheben. Veranlaßt durch die Bemerkung des konservativen Redners Graf v. d. Groeben, daß die Eisenbahnen bei Preußen bleiben müssen, polemisierte Herr von Breitenbach sachlich, aber scharf gegen den früheren Ministerialdirektor Kirchhoff, der erst jüngst wieder in Wort und Schrift für die Uebertragung der Eisenbahnen auf das Reich Propaganda gemacht hat. Herr von Breitenbach sieht diesem Gedanken durchaus ablehnend gegenüber, er will von dem, was Preußen hat, nichts an das Reich abgeben, sondern das Bismarcksche Erbe hüten, wobei er nur das eine außer acht läßt, daß gerade Fürst Bismarck zu Beginn der 70er Jahre als erster der Ueberführung der preussischen Eisenbahnen auf das Reich das Wort geredet hat.

Nicht gerade erfreulich ist die Ankündigung des Ministers, daß er sich der Einführung von Verkehrssteuern nicht widersetzen wird; mit Stolz betonte er, daß er in dieser Beziehung umgelernt habe.

Daß zwischen durch von konservativer Seite einer strengen Disziplin gegen das Personal das Wort geredet wurde, versteht sich eigentlich von selbst.

Die Beratung soll am Freitag beendet werden. Dann folgt die zweite Lesung des Kultusetats.

### Der Reichsetat vor dem Bundesrat.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats gelangten u. a. zur Annahme: die Etats der verschiedenen Reichsämter sowie die Entwürfe von Gesetzen betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats und des Haushaltssetats der Schulgebiete.



## Mafregeln zum Schutze der Jugend.

Das Generalkommando des ersten bayerischen Armeekorps in München hat eine Verordnung zum Schutze der Jugend erlassen, die alles übertrifft, was bis jetzt auf diesem Gebiete geleistet worden ist. Grenze des Rauchverbots ist bei den Jugendlichen bereits mit 17 Jahren gezogen, und allen Zigarren- und Zigarettenhändlern ist verboten, an Jugendliche unter 17 Jahren irgendwelchen Rauch- oder Kautabak abzugeben. Desgleichen ist den Jugendlichen unter 17 Jahren das Rauchen auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen verboten. Ferner ist es den Gast-, Schank- und Speisewirtschaften verboten, Jugendliche unter 17 Jahren in ihren Gasträumen nach 9 Uhr abends, ganz gleich, ob in Begleitung Erwachsener oder nicht, zu dulden. In der übrigen Zeit, also bis 9 Uhr abends, dürfen Jugendliche unter 17 Jahren nur in Begleitung Erwachsener Wirtschaften besuchen. Ferner ist es verboten, daß Jugendliche unter 17 Jahren, ganz gleich, ob mit oder ohne Begleitung Erwachsener, Kinos besuchen dürfen. Die Inhaber von Lichtspieltheatern dürfen nur Schriftpunkte öffentlich anschlagen, Bildplakate sind verboten. Jugendlichen unter 17 Jahren ist das beschäftigungslose Umherstreifen auf öffentlichen Plätzen, Straßen oder Plätzen und anderen Orten nach 9 Uhr abends verboten. Die Ortspolizeibehörden sind ermächtigt, einen noch früheren Zeitpunkt festzusetzen. Der Erlaß bezieht sich auch mit den Schundschriften. Es ist verboten, Schundschriften öffentlich anzukündigen, anzupreisen und im Schaufenster oder in sonstigen Auslagen innerhalb der Verkaufsräume oder an Orten, die dem öffentlichen Verkehr dienen, zur Schau zu stellen. Es ist verboten, Jugendlichen unter 17 Jahren diese Schundschriften, ganz einzeln, ob gegen Entgelt oder unentgeltlich, anzubieten oder zu verabfolgen.

Uebertretungen dieser Verordnung werden mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafen bis zu 1500 M. bedroht, außerdem können die Betriebe der Bestraften vorübergehend oder dauernd gesperrt werden. (z)

## „Deutschblütige Fachleute“.

Der Vorstand des Verbandes Westmark der Deutschbllütigen Partei, deren Hauptzweck es ist, die Interessen der nationalliberalen Abgeordneten zu vertreten, hat verschiedene General-Kommandos zur Verschärfung der Zensur wider die — Auslands- mode aufgegeben. Er ersucht: 1. den Inhalt der Reisezeitungen und der Reiseanzeigen einer scharfen Zensur zu unterstellen. 2. das Erscheinen solcher Zeitungen für die Kriegsdauer zu beschränken und bei fortgesetzten Verstößen gegen den guten Geschmack ganz zu verbieten, 3. sich hierbei nur von deutschblütigen Fachleuten beraten zu lassen.

Der Passus von den „deutschblütigen Fachleuten“ riecht bedenklich nach Geschäft.

## Die Preistreiberien am Rindviehmarkt.

Der halbamtliche „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ schreibt:

„Den Landwirten wurden in den letzten Tagen 110 bis 112 Mark für 50 Kilogramm Lebendgewicht bei Rindvieh geboten und bezahlt. Es liegt die Gefahr nahe, daß unter dem Einfluß dieser Angebote die Viehställe veröden und die Rindviehbestände stark zurückgehen, denn der hohe Preis treibt das Vieh geradezu aus dem Stalle besonders im Hinblick auf den Mangel und die Schwierigkeiten in der Futtermittelbeschaffung.“

Auf Grund dieser Preissteigerungen auf dem Markte für Lebendvieh werden auf den Schlachtviehmärkten bereits Preise von 2,40—2,80 Mark für das Pfund Schlachtgewicht bei Ochsen gezahlt, so daß man sich leicht berechnen kann, welche Preise nun für Rindfleisch in den Fleischläden genommen werden.

Scheinbar beruht diese Entwicklung auf den „natürlichen“ Marktverhältnissen. Aber nur scheinbar, denn in Wirklichkeit liegt ihr eine Preistreiberie zugrunde, die mit den durch Angebot und Nachfrage regulierten Preisfeststellungen nichts zu tun hat.

Die Marktlage ist einseitig. Der Fleischverbrauch konzentriert sich allein am Rindfleischmarkt, weil der Schweinefleischmarkt von den beteiligten Kreisen überhaupt nicht versorgt wird. Die Nachfrage ist also stärker denn je. Sie ermöglicht es auch, für jedes Stück Schlachtvieh und Fleisch Verwertung unter immer neuen Preissteigerungen in Aussicht zu nehmen.

Der hohe Ladenpreis aber antizipiert die ankäufenden Viehhändler immer wieder zu steigenden Angeboten an den Landwirt, der unter dem Druck und Einfluß dieser Preise Aufzucht und Milchwirtschaft leiden läßt und ein Stück Vieh nach dem anderen dem Schlächter überliefert. Damit stellen sich alle Preissteigerungen am Rindviehmarkt als Preistreiberie dar, die mit grundlegenden Produktionsumständen sehr wenig mehr zu tun haben und allein eine Folge der Bestrebens aller beteiligten Kreise sind, an dem gewinnbringenden Geschäft der Fleischversorgung in möglichst großem Umfange teilzunehmen.

Ein Keil treibt hier fortwährend den anderen. Schweinefleisch fehlt völlig am Markt. Rindfleisch steigt täglich im Preise. Jeder Preis ist möglich, wird gefordert und muß bezahlt werden und so bewegt sich der Preisstand in einem Kreise, für den es keinen Ausgangspunkt und keinen Endpunkt gibt, wenn nicht die Viehhandelsyndikate energisch eingreifen und eine, wenn auch nur beschränkte Versorgung, zu mittleren Preisen sicherstellen.“

Die unerträglichen Verhältnisse in der Fleischversorgung sind hier in wesentlichen zutreffend geschildert. Aber es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß seit Einrichtung der Viehhandelsyndikate nichts besser geworden ist; eher könnte man von dem Gegenteil sprechen. Die Organisation und Tätigkeit dieser Syndikate, die sich in wesentlichen aus Interessenten zusammensetzen, scheint den Aufgaben keineswegs gewachsen zu sein. Die Regierung wird sich zu weitergehenden Eingriffen nicht nur in den Viehhandel, sondern auch in die Rechte der Viehzüchter entschließen müssen. Enteignung zu niedrigen Preisen und Festsetzung entsprechend billiger Kleinhandelshöchstpreise wird wenigstens einen Teil der bisherigen Verhältnisse wegmachen können.

Die am gestrigen Donnerstag für Brandenburg und Berlin vom Viehhandelsverband festgesetzten Stallhöchstpreise für Rindvieh entsprechen diesen Wünschen keineswegs. Die festgesetzten Preise sind viel zu hoch.

## Die sächsische Erste Kammer über die Lebensmittelnot.

In der letzten Sitzung der sächsischen Ersten Kammer kam die mangelhafte Lebensmittelversorgung zur Sprache. Die Oberbürgermeister aller großen Städte bezeichneten die Kartoffelversorgung als vollkommen verfahren. Es bliebe überhaupt kein anderer Ausweg mehr übrig, als Bundesratszuschüsse zur Erhöhung der Kartoffelpreise zu gewähren, ähnlich wie das im vorigen Jahre geschehen ist. Ein solcher Antrag wurde gestellt und später von der Kammer einstimmig angenommen. Der Landauer Oberbürgermeister Keil schob die Schuld an der Kartoffel-

not den preussischen Landwirten zu. Die Regierung sträubte sich gegen die Bundesratszuschüsse; dem Reich würden dadurch Verpflichtungen auferlegt, gegen die besonders das Reichsfinanzamt große Schwierigkeiten machen werde. Die Kammer nahm ferner einen Antrag an, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat einen dringlichen Antrag einzubringen, daß die Erhöhung der Preise für wichtige Lebensmittel, insbesondere für Kartoffeln, sobald als möglich rückgängig gemacht und daß einer etwa beabsichtigten Erhöhung der Preise für weitere Lebensmittel mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werde, solange noch irgend ein anderes Mittel zur Förderung der Lebensmittelversorgung zur Verfügung liege.

Der Abg. Rehnert kündigte an, daß die Fleischkarte für das ganze Reich kommen werde. Sie sei notwendig, um den Fleischverbrauch einzuschränken und um den weniger Bemittelten das Recht zu einem Vorwurf gegen die Vorratshalter zu nehmen. Ohne Fleischkarte sei auch zu befürchten, daß viel zu viel Vieh abgeschlachtet würde.

## Maßnahmen zugunsten der Volksernährung.

In der Dänziger Bucht finden fortgesetzt überaus reiche Breilings- (Sprotten-)fänge statt. Trotzdem war der Preis für ein Pfund geräucherter Breilings auf 90 Pf. und für ein Pfund frische Breilings auf 25 Pf. gestiegen. Auf Antrag des Magistrats hat das stellvertretende Generalkommando jetzt eine Anzahl Fischer vom Meeresdienst befreit, die im Auftrag der Stadt fischen. Weiter hat das Generalkommando die Beschlagnahme von 20 Prozent aller gefangenen Breilings verfügt. Die Fische sind zum Preise von 10 M. pro Zentner an den Dänziger Magistrat abzuliefern. Sie werden von der Stadt zum Preise von 15 Pf. pro Pfund frisch verkauft. Der Magistrat sieht natürlich auf den Widerstand der Interessenten. Sie weigerten sich sogar, an den Magistrat Pakkörbe zu verkaufen. (z)

## Wer trägt die Schuld an der Kartoffelnot?

Aus Gera wird uns geschrieben: Am Freitag voriger Woche blieben in Gera die Kartoffelendungen aus, weshalb Hunderte von Frauen, die auf Kartoffeln gewartet hatten, ohne solche abziehen mußten. Am selben Tage fand auf dem Rathaus eine Sitzung des Gemeinderates statt, in der von unseren Genossen die Kartoffelnot aufgerollt wurde. Der Gemeinderat und auch der Stadtrat waren einmütig der Ansicht, daß die Verzögerung in der Kartoffelzufuhr einzig und allein durch die auf den 15. März angekündigte Erhöhung der Höchstpreise verschuldet worden ist. Es wurde festgestellt, daß in Polen gemachte feste Abschlässe abgefragt worden sind. Der Gemeinderat beschloß, eine Deputation an das preussische Ministerium abzuschicken. Diese Abordnung hatte zwei Vorgesprächen mit Vertretern des Ministeriums. Es wurde bestimmt versichert, daß die Zufuhr von Kartoffeln nunmehr sichergestellt sei und auch für die Zukunft Vorsorge getroffen werde. In der Landtagssitzung am Dienstag wurde die gleiche Frage behandelt. Unsere Genossen hatten einen Antrag eingebracht:

1. Im Bundesrat einen dringlichen Antrag dahingehend einzubringen, daß die Erhöhung der Höchstpreise sofort rückgängig gemacht wird;
2. im Bundesrat einer beabsichtigten Erhöhung der Preise für weiteres Lebensmittel mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

In der Debatte versuchten die ländlichen Vertreter, die Kartoffelproduzenten in Schutz zu nehmen und machten dem Stadtrat den Vorwurf der Unfähigkeit. Der Antrag unserer Genossen wurde aber schließlich nach langer Debatte angenommen.

Hierzu sei noch bemerkt, daß auf Antrag der Stadt Gera in Schwerin an 6000 Zentner Kartoffeln beschlagnahmt, aber nicht herausgegeben worden sind, und daß die Vertreter des Kommunalverbandes auch von Gutsherren in Polen abgefragt worden sind. Der Großgrundbesitzer v. Alving auf Charlottenhof im Kreise Landsberg, Mitglied des preussischen Herrenhauses, zu dem diese Vertreter gewiesen worden waren, erklärte ihnen: und wenn der Reichsminister, der schon oft bei ihm gewesen sei, selber komme, er werde keine Kartoffeln herausgeben. Und als die Vertreter mit Enteignung drohten, sagte er, dann müsse aber bei jedem Wagen ein Gen darm mitgeführt werden. Bei zwei anderen Gutsherren ging es ihnen nicht besser.

Das bayerische Bezirksamt Dasefurt erläßt soeben eine Bekanntmachung, die ebenfalls zeigt, welche Formen der Kartoffelhandel annimmt. Es war vor kurzem festgesetzt worden, daß für Saatkartoffeln 7 M. verlangt werden dürften. Kaum war die Bekanntmachung heraus, dann gab es überall nur noch Saatkartoffeln und keine Speisekartoffeln mehr. Die Kalamität wurde so groß, daß das genannte Bezirksamt jetzt eine Bekanntmachung erlassen mußte, in der es heißt:

„Das Auskreiden bezüglich Anlauf von Saatkartoffeln hat zur Folge gehabt, 1. ein sehr starkes Angebot von Saatkartoffeln, 2. eine Zurückhaltung der Speisekartoffeln. Was an Saatkartoffeln bisher angeboten wurde, ist nicht besser ausgelesen als die bisher gelieferten Speisekartoffeln. Infolgedessen dürfen Saatkartoffeln vor dem 20. März überhaupt nicht und nach dem 20. März nur zu folgenden Preisen eingekauft werden (folgt dann eine Herabsetzung der Saatkartoffeln auf 4,80 M. bis 6,75 M.)“

Vielleicht bewirkt diese behördliche Maßnahme, daß jetzt wieder Speisekartoffeln bei den Bauern zu haben sind.

## Für höhere Milchpreise.

Die „Deutsche Tageszeitung“ unterzieht sich der Aufgabe, die märkischen Milchbauern zu belehren, wie sie um die Verträge herumkommen können, durch die sie verpflichtet sind, die Milch zu einem bestimmten Preise zu liefern. Das Organ des konservativen Reichstagsabgeordneten Dr. Dertel setzt nämlich auseinander, daß diese Verträge ohne weiteres aufgehoben werden können und fügt hinzu, daß bei Weigerungen der Milchpächter, höhere Preise zu bezahlen, das Schiedsgericht für Höchstpreise, das in Berlin beim Kammergericht eingeführt worden ist, angerufen werden kann. Um die Milchbauern zu veranlassen, diesen Weg schweigend zu betreten, wird noch darauf hingewiesen, daß bereits ein Urteil vorliege, in welchem der Vertragspreis von 15 $\frac{1}{2}$  Pf. auf 25 Pf. erhöht worden ist und zwar mit rückwirkender Kraft. Liegt in dieser „Belehrung“ nicht die Aufforderung, die Milchpreise in die Höhe zu treiben?

## Ein Harzmonopol.

Am 11. März, Berlin, 9. März. (W. L. B.) Durch eine am 9. März vom Bundesrat beschlossene Verordnung ist die gewerbliche Verarbeitung von Rohharz ausschließlich dem Kriegsaus-schuss für pflanzliche und tierische Oele und Fettsäuren übertragen. Dieser hat es nämlich übernommen, die Harzgewinnung aus einheimischen Kieferwaldungen zu fördern und das Harz der deutschen Industrie zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu stellen. Um zu verhindern, daß durch Maßnahmen Privater eine spekulative Preistreiberie entsteht, ist für den Kriegsaus-schuss ein Verarbeitungsmonopol geschaffen worden. Für die Gewinnung von Rohharz bleibt jedoch ein besonderer Anreiz durch die vom Kriegsaus-schuss in Aussicht genommene Preisstellung bestehen.

## Aus Industrie und Handel.

### Senator Posschl.

Die Deutsche Bank ist, wie die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, zu dem ausgedehnten Unternehmen der Firma Posschl in Lübeck in nähere Beziehungen getreten, indem sie vor einiger Zeit an dem „Nordischen Erzkontor G. m. b. H.“ Interesse genommen hat. In Verfolg dessen soll Oskar Schlüter von der

Deutschen Bank in den Ausschüßrat dieser G. m. b. H. gewählt werden. Der Vertrag des „Erzkontor“ wird in nächster Zeit auf Grund der früheren Betriebsresultate der Posschlschen Erzabteilung für das vor kurzem abgelaufene erste Geschäftsjahr als recht beträchtlich angesehen.

## Kriegsanleihe-Zeichnungen.

Plena Gruppe 50 Millionen. Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat 30 Millionen. Gebrüder Rannemann 8 $\frac{1}{2}$  Millionen. Höchster Farbwerke 6 Millionen. Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik 4 Millionen. Kriegs-Schmieröl-Gesellschaft m. b. H. 4 Millionen.

## Kapitalistenauswanderung aus England.

Sidney Webb schreibt im „New Statesman“: Die Regierung ist jetzt beunruhigt über die Flucht englischer Kapitalisten, die der Politik nicht fernstehen und die sehr bedeutende Handelsgeschäfte betreiben, die Jahreseinkommen von mehreren Hunderttausenden Pfund Sterling abwerfen. Diese Herren haben ihre Häuser und ihre sonstigen Besitzungen in England verkauft, haben ihren englischen Wohnsitz auf und verlegten ihr Hauptgeschäft nach New York. Ihre Londoner Geschäfte sind nur noch kleine Agenturen, die keine Profite mehr machen. Sie schütten den englischen Staub von ihren Häfen und fahren nach New York, um den Kriegsteuern, der hohen Einkommensteuer und der Kriegsgewinnsteuer zu entgehen. Ihre Geschäfte können sie ebenso gut von New York aus leiten, wie von London; sie fühlen sich in der fünften Avenue zu New York ebenso wohl wie in Park Lane zu London. Und nach allen Geschäftsergründungen, in denen sie ertragen worden sind, ist es ihr Recht, ja fast ihre Pflicht, jeden gesetzlichen Vorteil auszunutzen, um ihr Einkommen zu vermehren. Wie viele ihrer Bestimmungsgenossen sich mit ähnlichen Plänen tragen, kann nicht gesagt werden.“

## Aus Groß-Berlin.

### Die Ursachen der Kartoffelknappheit.

Die Schwierigkeiten der Kartoffelversorgung, unter denen die Großstädte jetzt zu leiden haben, wurden in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gestern zur Sprache gebracht. Zu einem Magistratsantrag auf Bewilligung der für Berlin entstandenen Kosten der neuesten Kartoffelvorratsermittlung ergriff im Namen der sozialdemokratischen Fraktion unser Genosse Wurm das Wort, um die Ursachen der Kartoffelnot darzulegen. Eine Kartoffelnot, führte er aus, bestehe für die Verbraucher in den großen Städten nicht deshalb, weil es etwa im Deutschen Reiche an Kartoffeln fehle. Die vorhandenen Kartoffelvorräte seien vollständig auszureichend, den ganzen Bedarf zu decken, aber durch zeitweilige Zurückhaltung der Ware werde eine künstliche Kartoffelnot erzeugt. Wer die Kartoffeln zurückhält und welche Absichten dabei zugrunde liegen, das zeigte unser Redner in einer Anklage, die mit grellen Schlaglichtern die in der Kartoffelversorgung herrschenden Zustände beleuchtete. Vom „Triumph der Organisation“, die uns die Kartoffelversorgung erleichtern wollte, sprach er in grimmigem Spott — und neben sie stellte er den Triumph der Organisation, die uns jetzt die Kartoffelversorgung so sehr erschwert. Wurm forderte, daß die zu schaffende zweckmäßige Regelung der Konsumtion ihre Stütze und Grundlage in einer Regelung auch der Produktion finde, die nötigenfalls durch Zwang herbeigeführt werden müsse. Auch aus der Erklärung, die Oberbürgermeister Wermuth zu dem Gegenstand abgab, war deutlich genug herauszuhören, mit welchen Schwierigkeiten Berlin in der Kartoffelversorgung zu kämpfen hat. Was danach ein paar Redner der Freisinnigen, die Stadtverordneten Levy und Körte, noch vorbrachten, fiel stark ab gegen die wichtigen Anklagen des sozialdemokratischen Redners.

In derselben Sitzung wurde noch eine andere Ernährungsfrage erörtert. Für die Armenkassen beantragte der Magistrat die Nachbewilligung eines nochmaligen Zuschusses, durch den der schon im Etat bewilligte Zuschuß auf mehr als das Doppelte steigt. Die Nahrungsmittelsteuerung hat nicht nur bei den Armen das Bedürfnis gemehrt, die Armenkassen in Anspruch zu nehmen, sondern hat auch den Armenkassen selber die Unkosten der unter die Armen zu verteilenden Speisen stark erhöht. Eine von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Resolution, die Genosse Hügel begründete, forderte den Magistrat auf, diesmal die Armenkassen über den 1. April hinaus offen zu halten. Die Versammlung beschloß die Nachbewilligung und stimmte auch der Resolution zu.

## Die geplante Erhöhung der Gaspreise.

Eine geheime Sitzung der gestrigen Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich mit einer Vorlage des Magistrats, der eine Erhöhung der Gaspreise in Vorschlag bringt. Wie wir hören, ist diese Vorlage einem Ausschuß überwiesen worden.

## Sturz vom Balkon.

Ein tragisches Ende hat am Mittwochabend der Geheim- Oberregierungsrat v. Sydow gefunden. Herr v. S., der Viktorial-Platz 12 in der dritten Etage eine größere Wohnung inne hatte, war gegen 7 Uhr abends auf seinen, nach dem Hof zu gelegenen Balkon getreten, um frische Luft zu schöpfen. Der Balkon war, wie nachträglich festgestellt wurde, mit Eis und Schnee bedeckt. Während nun Herr v. Sydow sich über das Geländer beugte, muß er dabei wohl ausgeglichen sein. Er verlor das Gleichgewicht und stürzte aus der beträchtlichen Höhe auf den gepflasterten Hof hinab. Hier blieb der Bedauernswerte mit zerhacktem Gliedern und schweren inneren Verletzungen liegen. Durch die Schmerzensraufe des Verunglückten wurden Hausbewohner aufmerksam, sie irrten den Hof ab und fanden Herrn v. S. in einer Blutlache vor. Noch lebend wurde der Verunglückte nach der Stodmannschen Privatklinik in der Martin-Lutherstraße 97 gebracht, wo er wenige Stunden darauf in der Nacht zu Donnerstags seinen entsetzlichen Verletzungen erlag. Herr v. Sydow stand im 60. Lebensjahre.

Mit ihrem Sohn in den Tod gegangen ist die 89 Jahre alte Hausdienterin Emma Prinz geb. Hanmann vom Kottbuser Ufer 50. Das Ehepaar Prinz bewohnte dort seit drei Jahren im dritten Stock des Seitenflügels Stube und Küche. Der Mann ist sehr arbeitsam, die Frau war ebenso fleißig und lauter. Die Ehe wurde aber durch die Eiterkrankheit der Frau getrübt. Vor einigen Tagen schrieb Prinz, daß er aus dem Felde nach Hause komme. Diese Nachricht verriet die Frau in Aufregung. In der vergangenen Woche sprach sie ihre Schwägerin, die in Prenzlau wohnt, von der Krankheit, die sie von ihrem Manne erhalten hatte. Sie erklärte ihr, daß sie jetzt, weil er wieder nach Hause komme, mit ihrem Kinde und sich selbst ein Ende machen werde. Die Schwägerin verurteilte sie zu beruhigen und dachte wohl auch nicht, daß sie es so ernst meine. Als sie nichts mehr von ihr hörte, begab sie sich nach der Wohnung, um sich einmal nach ihr anzusehen. Jetzt fand sie Frau Prinz und ihren Sohn tot in ihren Betten liegen. Die Plüme rochen noch etwas nach Gas, der Balken des Kronleuchters stand auf und der Automat war leer. Ein Arzt, der gleich gerufen wurde, stellte fest, daß Mutter und Sohn nicht nur an der Einwirkung des Gases, sondern auch



unter der Wirkung eines äbenden Giftes gestorben war. Welche Art diese ist, konnte er nicht ohne weiteres feststellen. Die beiden mußten schon seit einigen Tagen tot sein. Die Leichen wurden nach Aufnahme des Befundes besichtigt und nach dem Schauplatz gebracht. Der Ehemann wurde telegraphisch benachrichtigt.

### Ein Diebespezialistin.

Eine 28 Jahre alte aus Garmisch im Kreise Konig gebürtige Martha Michalski, die als großartige Diebin in allen Hauptstädten Europas Gastrollen gegeben hat, befindet sich augenblicklich in Berlin in Unterbringungshaft. Die Michalski spricht volkentlich nicht nur deutsch und flämisch, sondern auch französisch und englisch. Wenn sie einen großen Zug vorhatte, so nahm sie eine bessere Stellung in einem vornehmen Hotel an. Dort blieb sie nur so lange, bis sie Gelegenheit zu einem lohnenden Diebstahl fand. So erbeutete sie vor 3 Jahren in einem Hotel in London für 25 000 M. Juwelen. Bald darauf trat sie in Berlin auf. Hier begnügte sie sich mit Kleinigkeiten. Als Dienstmädchen vermittelte sie sich bei Schankwirten in der Köpenicker, Gertraudien-, Stallschreiber- und Fischerstraße. Es fiel überall auf, daß sie sich bei ihren Kenntnissen in eine so geringe Stellung fügte. Aber sie hatte dafür stets eine glaubhafte Erklärung bei der Hand. Es schien ihr auch sehr zu gefallen, daß sie in den kleineren Lokalen mit ihren Sprachkenntnissen und ihren großen Reizen, von denen sie gern erzählte, Wirtinnen und Gäste durchweg weit übertrug. Oft kam auch ihr Verdüßung, der alle ihre Reize mitmachte. Sobald das „Dienstmädchen“ Gelegenheit fand, verhielt sie sich mit der Tageskasse und allem, was sie sonst noch an Schmuck und Wertgegenständen mitnehmen konnte. Nach vorübergehendem Aufenthalt in Berlin wandte sie sich die Diebin, die sehr sicher und gewandt auftrat, nach Brüssel und verübte dort dieselben Streiche wie überall, bis sie endlich ergriffen wurde. In Brüssel wurde sie zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 7 Monaten verurteilt. Beim Ablauf dieser Strafe stand Belgien längst unter deutscher Verwaltung. In Friedenszeiten wäre nun die reisende Diebin nach London ausgeliefert worden, um dort wegen des Juwelendiebstahls die Rechnung mit dem Strafrichter zu begleichen. Jetzt aber wurde sie zunächst nach Berlin gebracht, um hier wegen der vier Diebstähle abgeurteilt zu werden.

Die Jugendweihe findet am Sonntag, den 19. und 20. März 1916, vormittags pünktlich 11 Uhr, in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97 statt. Alles Nähere ist inzwischen allen Teilnehmern schriftlich mitgeteilt worden.

Einlaßkarten für die Angehörigen der angemeldeten Kinder sind zum Preise von 35 Pf. an folgenden Stellen erhältlich: Emil Voeste, SW 68, Lindenstr. 3, 4. Hof 3 Tr. 1; Willi Franke, O 34, Eberthstr. 29 (nur 12-9 Uhr nachmittags, Sonntags 10-2 Uhr mittags); Kurt Schönfelder, N 58, Köpenicker Str. 42 (nur von 6-10 Uhr abends); Richard Rehbock, N 20, Thurneysstr. 7.

Es wird gebeten, sich die Einlaßkarten vorher zu besorgen, da ohne diese der Eintritt nicht gestattet ist.

Auskünfte über die Jugendweihe werden erteilt im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, 4. Hof links 3 Tr. (Geschäftszeit täglich 9-5 Uhr, Mittwochs und Freitags 9-1 und 1/2-1/2 Uhr abends.).

Bei der Arbeit tödlich verunglückt ist der Arbeiter Paul Schulze aus der Poststr. 6. Der 17-jährige junge Mann war in einem großen Betriebe in der Dutenstraße beschäftigt. Dort half er einem Arbeitsgenossen beim Fortbewegen eines Schwingrads. Dieses kippte plötzlich über, fiel zu Boden und begrub Schulze unter seiner schweren Last. Der Unglückliche erlitt so schwere Verletzungen, daß er auf der Stelle verschied.

Verloren. Am 4. März ist ein Portemonnaie mit circa 70 Mark und Wertpapieren in der städtischen Wabeanstalt Gerichtsstraße verloren gegangen. Abzugeben gegen Belohnung an Karl Schneider, Secfir. 27.

## Aus den Gemeinden.

### Stadtverwaltung in Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch wurde fast ausschließlich durch die erste Lesung des Etats, dessen wichtigste Zahlen wir bereits mitgeteilt haben, in Anspruch genommen. Das Bild, das der Kammerer Dr. Schöly in seiner Etatsrede entwarf, ist kein erfreuliches. Nach der langen Reihe von Ueberdrehjahren sind Jahre des Defizits gefolgt, das Jahr 1914 hat mit einem Fehlbetrag von 1 200 000 M. abgeschlossen, für das Jahr 1915 wird der Fehlbetrag auf mindestens zwei Millionen geschätzt. Diese Summe, zu der noch die nicht auf den Etat übernommenen und vorläufig aus bereiteten Mitteln verauslagten Millionen für Zwecke der Kriegsfürsorge hinzukommen, harren noch ihrer Dedung. Das schlechte Ergebnis hat der Magistrat bei dem neuen Voranschlag berücksichtigt, der Etat ist sehr vorsichtig aufgestellt, aber trotz aller Sparsamkeit ergibt sich wieder ein gewaltiges Defizit, zu dessen Dedung der Magistrat nicht nur eine Erhöhung des Steuerzuschlages um 30 Prozent, sondern auch eine Erhöhung des Gaspreises von 18 auf 10 Pfennig vorschlägt. Dagegen hat er von einer Erhöhung des Elektrizitätspreises ebenso wie von einer Änderung der Grundsteuer Abstand genommen. Der Kammerer schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis auf die großen Anforderungen, die in Zukunft an die Bürgerchaft herantraten, wenn es gilt, die Steuern zur Dedung der jetzigen Fehlbeträge und der Zinsen für die unumgänglich notwendig werdende städtische Kriegsanleihe aufzubringen.

Stadtv. Dr. Frenzel übt namens des größten Teils der liberalen Fraktion einen energischen Widerstand gegen die Erhöhung des Gaspreises und schlägt zur Dedung des Defizits u. a. die Einführung einer Zinssteuer und eine Erhöhung des Schulgeldes vor, während er andererseits wieder im Interesse der Hausbesitzer eine Herabsetzung der Kanalisationsgebühren verlangt. Einer noch weiteren Erhöhung des Steuerzuschlages steht er nicht ablehnend gegenüber.

Stadtv. Dr. Veymann (natl.) riet wie alljährlich zur Sparsamkeit, wandte sich gegen die Erhöhung des Gaspreises und schlug zur Dedung des Defizits u. a. die Einführung einer Zinssteuer und eine Erhöhung des Schulgeldes vor, während er andererseits wieder im Interesse der Hausbesitzer eine Herabsetzung der Kanalisationsgebühren verlangte. Einer noch weiteren Erhöhung des Steuerzuschlages steht er nicht ablehnend gegenüber.

Stadtv. Dirich (Zog.) gab zu, daß es schwer ist, heute einen Etat aufzustellen, der der Wirklichkeit nahe kommt. Immerhin aber sei es klar, daß man die Einnahmepositionen überhaupt nicht auskommen und daß eine Reihe von Ausgabenposten viel zu niedrig eingestellt sind. Bedauerlich sei es, daß der Magistrat sich bei den Auswendungen für das Volkswahlrecht auf das Allernotwendigste beschränkt und daß er bei der Aufstellung des Etats der Armenverwaltung anerkennend gar keine Rücksicht auf die Teuerung genommen habe. Der wiederholten Anregung seiner Freunde auf Förderung des Baues von Mietwohnungen habe der Magistrat leider auch noch nicht Folge geleistet; zum mindesten sei es nötig, daß das Wohnungsamt sofort in vollem Umfang wieder in Tätigkeit tritt. Zur Dedung des Defizits gebe es nur ein gerechtes Mittel, und das sei die Erhöhung der Steuerzuschläge. Daß der Magistrat die Gaspreise herabsenken wolle, zeuge von einer ganz verkehrten Politik; der Grundlag des höchsten Profites könnte wohl für Private maßgebend sein, eine Stadtverwaltung dürfe sich davon aber nicht leiten lassen. In Wirklichkeit sollten doch die Ueberhörsse der städtischen Werke nur dazu dienen, eine Erhöhung der direkten, die besthenden Klassen in höherem Maße belastenden Steuern möglichst hinauszuschieben. Dieser Absicht würden sich seine Freunde widersetzen. Ebenso

würden sie der geplanten Erhöhung der Verpflegungssätze in Krankenhäusern ihre Zustimmung verweigern.

Stadtv. Dr. Bernhard (lib.) glaubte im Gegensatz zu seinen Freunden, daß die Einnahmen und Ausgaben auch ohne Steuererhöhung ins Gleichgewicht gebracht werden können.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wurde der Etat dem Ausschuss übergeben.

### „Bürgerliche“ Wahl in Hohenbuchhausen.

Die die bürgerlichen Parteien in Hohenbuchhausen den Bürgerfrieden aussäen, zeigte am vergangenen Sonntag die Gemeindevertreterwahl zur dritten Klasse. Trotz dem Vorliegen des einen Grundbesitzervereins öffentlich erklärte, daß sie keine Kandidaten aufstellen würden, trat man doch am Tage der Wahl geschlossen an, um den Sozialdemokraten die Mandate zu entreißen. Jedes Mittel war recht, man begrub sogar die Streitigkeit zwischen den beiden seit Jahren bestehenden Grundbesitzervereinen. Da auch die Gemeindevorstände den bürgerlichen Wählern leisteten, so gelang es unseren Genossen nicht, die Mandate in der Hauptwahl zu beschaffen, sondern mit 120 gegen 118 bürgerliche Stimmen gelangten wir in die Stichwahl.

An der wertvollsten Bevölkerung wird es nun liegen, zu zeigen, daß sie nicht gewillt ist, die solange innegehabten Mandate den Grundbesitzern zu überlassen. Wir fordern daher unsere Genossen und Freunde auf, energisch für die Wahl unserer Kandidaten zu agitieren. Die Wahl findet am Sonntag, den 19. März, von 8-5 Uhr, statt. Niemand darf fehlen!

### Gemeindevertreterwahl in Friedrichshagen.

Das Mandat unseres bisherigen Vertreters im 2. Bezirk, Genossen Otto Barth läuft in Kürze ab. Die Mitgliederversammlung vom 8. März hat den Genossen

Otto Barth

wieder als Kandidaten aufgestellt. Die Wahl findet am Sonntag, den 12. März, nachmittags von 3-6 Uhr, im Restaurant Conrad, Friedrichstr. 137 statt.

Zum 2. Wahlbezirk gehören: Bellevuestraße, Orestypromenade, Tracholdstraße, Hahnstraße, Kaiserstraße, Kasanienallee, Kirchstraße, Königstraße, Kluttstraße, Kurze Straße und Verlängerung, Neu-Kammerun, Nohndorfer Straße und Verlängerung, Spreichstraße, Seefstraße, Sprigenweg, Schornweberstraße, Viktoriastraße, Waldowstraße, Wasserwerke und Hirschgarten.

Wir rechnen bestimmt darauf, daß die Wähler bis zum letzten Mann, soweit sich dieselben noch in der Heimat befinden, sich pünktlich um 8 Uhr am Wahlort einfinden werden. Es können auch diejenigen ihr Wahlrecht ausüben, die im vorigen Jahre in einer der oben angegebenen Straßen gewohnt haben.

### Gemeindevertreterwahlen in Frederksdorf (Ostbahn).

Die Wahlen zur Gemeindevertretung finden Sonnabend, den 11. März 1916, im Lokale der Gastwirtin Hörnische in Frederksdorf statt.

Die III. Abteilung wählt nachmittags von 2 bis 4 Uhr; unser Kandidat ist Paul Fieting.

Die II. Abteilung wählt in der Zeit von 4 1/2 bis 5 1/2 Uhr; Kandidat: Hubert Kreuer.

Die I. Abteilung wählt die Wahlzeit von 5 1/2 bis 6 1/2 Uhr; unser Kandidat ist Konrad Wänsmann.

Die Wähler werden ersucht, die für die einzelnen Abteilungen bestimmten Wahlzeiten genau zu beachten.

### Ergebnis der Gemeindevahlen in Tegel.

Die am 2., 3. und 4. März stattgehabten Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung hatten folgendes Ergebnis: Im 2. Wahlbezirk der dritten Abteilung wurden 20 Stimmen abgegeben, davon erhielt 188 Stimmen Genosse Karl Radung, unser bisheriger Vertreter; auf die gegnerischen Kandidaten fielen 23 Stimmen und eine Stimme war ungültig. In der zweiten Abteilung wurden gewählt die Herren Fuchs mit 87 und Kitzke mit 86 Stimmen; in der ersten Abteilung die Herren Fabrikdirektor Unger (Vorsitz) und Prof. Drehschmidt (Berliner Gaswerke) mit je 2 Stimmen.

### Reisverkauf in Weihenau.

In den nächsten Tagen gelangt durch die Gemeinde ein großer Posten Reis zum Verkauf und zwar haben die Händler mit einer in der letzten Gewerbetreibendenversammlung gefaßten Resolution beim Bürgermeister Erfolg gehabt, worin sie verlangten, daß die Händler beim Verkauf der durch die Gemeinde beschafften Waren Berücksichtigung finden sollten. Es wird den Händlern eine I. Sorte Reis zur Verfügung gestellt, den sie mit 65 Pf. das Pfund verkaufen müssen. In der Gemeindeverkaufsstelle kommt eine II. Sorte für 50 Pf. das Pfund zum Verkauf. Für den Bezug von Reis gibt die Gemeinde Reislisten aus, die von den Vorkommissionen ausgehändigt werden. Bei den Händlern braucht nur die Reisliste abgegeben werden, in der Gemeindeverkaufsstelle ist außerdem noch die Lebensmittelkarte vorzulegen. An die Kriegesfrauen gelangt ein Posten Reis gratis zur Verteilung.

## Soziales.

### Die Aufforderung zur ärztlichen Untersuchung.

Ein interessanter Rechtsfall kam in der letzten Sitzung der 4. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zur Entscheidung.

Ein Reisender der belagerten Remington-Gesellschaft meldete sich eines Tages krank und teilte der Gesellschaft mit, daß er sofort nach Wiederherstellung seines Postens wieder antreten werde. Die Geschäftsleitung begie indessen Zweifel, daß B. wirklich erkrankt war. Sie wurde darin noch durch die zu ihrer Kenntnis gelangene Tatsache bestärkt, daß der Kläger sich bei einer Konkurrenzfirma in der Zwischenzeit beworben und dort vorgestellt hatte. Um sich Gewißheit über die Krankheit zu verschaffen, verlangte die Vorgesetzte von dem Reisenden schriftlich die Untersuchung durch ihren Vertrauensarzt. Gerade aber dies Verlangen der Firma brachte es mit sich, daß der Klage des Reisenden auf Zahlung von 400 M. Reisegehalt zu ihren Ungunsten entschieden wurde. Die Vorgesetzte legte ein Schreiben vor, in dem sie dem Reisenden für den Fall der Nichtuntersuchung seine Entlassung ankündigte. Dieser Fall sei eingetreten, da Kläger kein Attest einreichte. Das Kaufmannsgericht kam jedoch auf Grund folgender Erwägungen zur Verurteilung der Vorgesetzten: Es sei durchaus nicht zu billigen, daß ein wegen Krankheit fehlender Angestellter diese Zeit benutzt, um sich hinter dem Rücken seines Arbeitgebers bei einer anderen Firma vorzustellen. Die Vorgesetzte habe sich aber selber aller Rechte dadurch begeben, daß sie die Untersuchung durch den Vertrauensarzt verlangte. Betrachtete Vorgesetzte den Kläger als sofort entlassen, dann hätte sie kein Recht, von ihm eine Untersuchung durch ihren Vertrauensarzt zu verlangen. Dadurch habe sie im Gegenteil zu erkennen gegeben, daß sie die vorher ausgesprochene Entlassung als zurückgenommen ansieht, daß sie wieder Interesse an dem Kläger hat. Sonst hätte ja ihr Verlangen nach vertrauensärztlicher Untersuchung gar keinen Sinn. Es stehe somit das Gehalt bis Ende Januar zu.

### „Gewinnbeteiligung“ der Arbeiter.

Zu dem von uns in Nr. 61 des „Vorwärts“ veröffentlichten Bericht über einen Prozeß vor dem Innungschiedsgericht, wo ein Bäcker gegen den Inhaber der Bäckerei „Nordstern“ auf Zahlung des ihm zustehenden Gewinnanteils klagte, sendet uns der Beklagte, Herr Gustav Müller, eine Zuschrift. Er bespricht darin, daß der

Kläger ohne Kündigung angestellt war, es habe vielmehr die übliche gegenseitige tägliche Kündigung bis 10 Uhr bestanden. Der Kläger sei aber ohne zwingenden Grund und ohne vorherige Kündigung ferngeblieben. Dieser ungewöhnlichen Verfertigung unseres Berichtes fügt Herr Müller noch eine längere Rechtfertigung seines Gewinnbeteiligungssystems hinzu, die aber nur seine subjektive Meinung zum Ausdruck bringt. Das Innungschiedsgericht, dem Herr Müller ja ebenfalls die „vorteilhaften“ Seiten dieses Systems schilderte, hat nichtsdestoweniger die Bestimmungen als gegen die guten Sitten verstoßend angesehen und den Beklagten zur Auszahlung des auf den Kläger fallenden Anteils verurteilt. Das ist der Kern der Sache, an dem auch die Ausführungen des Herrn Müller nichts zu ändern vermögen.

### Kriegsgefangene als Lohndrücker.

In der letzten Sitzung des Innungschiedsgerichts kam ein Fall von Kriegsgefangenenarbeit zur Sprache, der allgemeines Aufsehen erregte.

Der Kläger, Malergehilfe Gziska, hand beim Malermeister Kehler, dem Beklagten, in Arbeit. Der Kläger war auf dem Bau der Pulverfabrik in Plauen mit Anstreichen von Heizkörpern beschäftigt. Unter seiner Leitung waren mehrere Kriegsgefangene beschäftigt. Diese sind, wie Malermeister Kehler angab, ihm von seinem Auftraggeber, der Firma Köting, zugewiesen worden, die auch den Lohn, den die Gefangenen bekamen, mit ihm verrechnete. Der Stundenlohn der Kriegsgefangenen betrug 35 Pf. Das ist die Hälfte des Tariflohnes der Maler. Außerdem wurde den Gefangenen noch eine kleine Vergütung für Frühstück und Vesperbrot gewährt. Der Militärposten, der die Gefangenen zu betreiben hatte, bekam täglich 5 M., die von vier Firmen, die an der Gefangenenarbeit beteiligt waren, gleichmäßig getragen wurden.

Vom Richterliche wurde sowohl dem Kläger wie dem Beklagten vorgehalten, daß sie das Gewerbe in unverantwortlicher Weise geschädigt hätten, indem sie die Hand zu dieser Art der Gefangenenarbeit boten. Es sei doch unerhört, wenn Gefangene für die Hälfte des Tariflohnes beschäftigt würden zu einer Zeit, wo es arbeitslose Malergehilfen gebe, die vergebens auf Beschäftigung warten. Ein Arbeitgeberlicher fragte den Malermeister Kehler, ob er denn nicht wisse, daß nach einer Verfügung des Kriegsministeriums den mit gewerblichen Arbeiten beschäftigten Kriegsgefangenen der Tariflohn, oder wo ein solcher nicht besteht, das Doppelte des üblichen festgesetzten ortsüblichen Tagelohns gezahlt werden müsse.

Die Weisheit des Schiedsgerichts wollen wegen dieses Falles eine Beschwerde an das Kriegsministerium richten. (2)

## Berichtszeitung.

### Der Mord in Finkenkrug.

Die gestrige Verhandlung gegen den Rentier Paul Kubitz wegen der Ermordung der Schneiderin Frida Klem wurde nach Vernehmung einer Reihe Sachverständiger und Zeugen auf heute vertagt.

Die Verhandlung entrollte daselbst Bild wie die Verhandlung vom 25. November. Der Angeklagte ist Rentier. Er war Besitzer zweier Häuser und verdiente nach seinen Angaben etwa 2000 M. jährlich durch Schriftstellerei. Im Sommer 1914 hatte er finanzielle Schwierigkeiten. Es stellt nun fest, daß der Angeklagte im Jahre 1915 Frauenbekanntschaft durch folgende Annonce suchte: „Oberlehrer, Doktor, Witwer, 51 Jahre alt, sucht eine Lebensgefährtin.“ Der 51-jährige, verheiratete Angeklagte (Vater von 5 Kindern) behauptet, diese Annonce habe er lediglich eingesetzt, um interessanten Stoff für Romane, Romane und dergleichen zu erhalten. Er sei mit zwei Frauen infolge der Annonce in Verbindung getreten, aber nie mit der Räherin Allen. Diese lenne er gar nicht, Unkenntnis ist im Nachhinein am 28. Juni tot in Finkenkrug aufgefundenen Körper eine Postkarte mit der Unterschrift eines Adolf Wertens gefunden, der die Verstorbenen zum Rendezvous in Finkenkrug auf den 17. Juni einladet. Seit dem 16. Juni wurde die recht lebensfähige Verstorbenen nicht mehr gesehen. Nun soll die ominöse Postkarte vom Angeklagten herrühren. Dieser gibt eine große Ähnlichkeit der Handschrift mit der seitigen zu, bestreitet aber entschieden, die Karte geschrieben oder den Namen Wertens je gebraucht zu haben. Der Schreibschaffverständige erklärt mit aller Bestimmtheit, daß die Karte vom Angeklagten geschrieben ist.

Ein Alibibeweis des Angeklagten dahin, daß er am 17. Juni in Leipzig war, mißlingt völlig. Verhaftet wurde Angeklagter, als er durch ein Mädchen, das er auf der Straße kennen gelernt hatte, auf der Weihenauer Sparkasse das Sparkassenbuch der Verstorbenen verbriefen lassen wollte. Wie kam er zu dem Buch? Er gab auch gestern an, er habe das Buch und einige der Allen gehörige Alben Kessel und Messer in einem Stadtbahnzuge gefunden. Er habe die Ablieferung vergessen, sei dann in finanzielle Schwierigkeiten gekommen und habe darauf den Verbriefungsverlust unternommen. Darin liege treulich eine Unterklagung, aber er habe die Sachen nicht etwa durch Mord erworben.

Darüber, ob die wohl am 17. Juni verstorbenen aber am 28. Juni erst aufgefundenen Allen ermordet oder natürlichem Tode gestorben sei, sagen die Sachverständigen: das lasse sich sicher nicht feststellen, die Möglichkeit, daß der Tod durch Gyanali herbeigeführt sei — Angeklagter besitzt Gifte — sei keineswegs ausgeschlossen.

## Aus aller Welt.

### Neue Kriegslasten der Zeitungen.

Im „Zeitungsverlag“ wird zur Lage der deutschen Zeitungen neuerdings folgendes ausgeführt: „Die deutschen Zeitungen haben seit Kriegsbeginn schwer zu kämpfen. Denn ihnen steht nicht nur die wesentlichste Einnahmequelle, die ihnen aus dem Inseratenwesen sonst erwuchs, ganz wesentlich dürftiger als in Friedenszeiten, ihnen hat auch der Krieg neue schwere Lasten für den Ausbau ihrer Vertriebsnetze aufgebürdet. Unter diesen doppelten Einwirkungen haben schon viele Zeitungen sehr gelitten und viele hunderte mußten ihr Erscheinen einstellen. Ein ganz besonders schwerer Schlag droht nun der Presse. Der Verband deutscher Papierfabriken hat nämlich eine 40prozentige Preissteigerung für Zeitungspapier beschlossen, die mit den gesteigerten Kosten für Zellulose, Holzschliff und Arbeitslöhne begründet wird. Waren schon vorher die Materialkosten und Löhnen im Zeitungsbetriebe, bedingt durch den Krieg, wesentlich gestiegen, so bedeutet die neue Belastung in Verbindung mit dem inzwischen eingetretenen weiteren Rückgang der Inserate eine Betriebsverteuerung, der viele Zeitungsverleger nicht gewachsen sein können. Die Zahl der Zeitungsunternehmen wird daher abnehmend zurückgehen müssen, und diejenigen Blätter, deren Kraft stark genug ist auch gegenüber der neuen Belastung durchzuhalten, sehen sich vor die Notwendigkeit gestellt, in anderer Form wenigstens einen Teil ihrer Unkosten abzumalen. Vor allem werden sie gezwungen sein, den gewöhnlichen Umfang so weit einzuschränken, als sich dies mit den Interessen eines gediegenen Nachrichtenbetriebes vereinbaren läßt. Wenn dabei dem Lesbedürfnis der Zeitleser für die Folge nicht mehr ganz in der allgewohnten Weise Genüge geleistet werden kann, so dürfte diese Kriegsmachnahme der Zeitungen, gleich allen anderen durch den Krieg bedingten Einschränkungen,



Tungen und Aenderungen in unseren Lebensgewohnheiten volles Verständnis der Zeitungsleser finden."

Der Eingeweihte weiß, daß der „Zeitungsverlag“ die Verhältnisse nicht zu schwarz, sondern eher zu rosig geschildert hat, denn bei seinen Betrachtungen hat er die in Aussicht stehende Belastung durch die Erhöhung der Porto-, Telegraphen- und Telefongebühren noch gar nicht berücksichtigt.

Zum **Swinemünder Bootsunglück**, bei dem vier Personen ums Leben gekommen sind, erfahren wir, daß gestern drei der Leichen geborgen werden konnten. Die Verunglückten befanden sich am Dienstagabend auf der Heimfahrt von ihrer Arbeitsstätte, dem Ostwälder Stahlwerk, nach der Stadt. Im Swinemünder Hafen kenterte das mit fünf Personen besetzte Boot infolge der starken Strömung und einer plötzlich auftretenden Wd und schlug um. Vier der Insassen, die Arbeiter Camradt, Kaiser, Müller und Fahnke, die im Alter von 18 bis 20 Jahren standen, ertranken, während der 18jährige Arbeiter Schwandt gerettet werden konnte.

**Neue Opfer der Lawinen.** Bei einem neuen Lawineneinbruch in Südtirol sind elf Personen tödlich verunglückt, mehrere andere wurden mehr oder minder schwer verletzt.

## Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 475 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde-Jäger-Bat. Gren., Inf.- oder Jäg.-Regimenter Nr. 2, 11, 18, 19 (f. Besatz.-Reg. Nr. 1 Posen), 31, 32, 33, 35 (f. auch Landw.-Inf.-Reg. Nr. 10), 36, 39 (f. Inf.-Reg. Nr. 51), 41 bis einschl. 45, 49, 51, 53, 54, 56, 57, 58, 61, 63, 65 bis einschl. 71, 73, 74, 75, 78, 79, 80 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 88), 82, 84, 85, 86, 88 bis einschl. 95, 97, 109, 111, 118, 115, 116, 118, 128, 130, 131, 132, 141, 142, 144, 145, 146, 148, 150, 151, 156, 157, 158, 160, 161, 162, 164, 167, 169, 170, 171, 173 bis einschl. 176, 198, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 225), 203, 210 (f. auch Minenwerfer-Komp. Nr. 246), 211, 212 (beide f. Minenwerfer-Komp. Nr. 246), 217, 219, 221 bis einschl. 225, 227, 229, 240, 252, 253, 254, 257, 259, 260, 265, 266, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Nr. 235. Feld-Maschinengew.-Büge Nr. 74 (f. Inf.-Reg. Nr. 13), 95 (f. Inf.-Reg. Nr. 111), 110 (f. Inf.-Reg. Nr. 74), 258 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 56). Festungs-Maschinengew.-Abt. Nr. 1 (Posen).  
Kavallerie: Garde-Husaren. Kürassiere Nr. 2 und 7. Dragoner Nr. 9, 10, 17. Husaren Nr. 1, 4 (f. Erf.-Kav.-Reg. des 6. Armeekorps) und 16. Ulanen Nr. 14. (Erf.-Kav.-Reg. des 6. Armeekorps). Landw.-Kav.-Reg. Nr. 91. Ref.-Erf.-Escadron des 4. Armeekorps.  
Feldartillerie: Regimenter Nr. 33, 38, 50, 62, 217, 233; Ref.-Regimenter Nr. 11, 17, 18, 20, 35; Landw.-Reg. Nr. 15.  
Fußartillerie: 2. Garde-Reg. Reg. Nr. 8; Ref.-Regimenter Nr. 10 und 17. Fußart.-Batt. Nr. 122.  
Pioniere: Erf.-Bat. des Garde-Pionier-Bat. Pionier-Bersuchs-Komp. Regimenter Nr. 23, 24, 31. Bataillone: I. Nr. 2, I. und II. Nr. 5, I. Nr. 6, I. und II. Nr. 7, I. Nr. 10, I. und II. Nr. 14, I., II. und III. Nr. 16, I. Nr. 17, I. und II. Nr. 21; Ref.-Bataillone Nr. 34 und 39; Erf.-Bataillone der Pionier-Bataillone Nr. 4, 6, 7, 10. Kompagnien Nr. 103, 111, 112, 233, 241, 251, 252, 263, 282; Ref.-Kompagnien Nr. 50, 52, 88; 1. Landw.-Komp. des IV. (siehe III. Pionier-Bat. Nr. 16) und 1. des 18. Armeekorps; 2. Landw.-Komp. des 11. Armeekorps. Leichte Festungs-Scheinwerferzüge Nr. 7 und 18. 7. Garde-Minenwerfer-Komp. Minenwerfer-Kompagnien Nr. 7, 21, 30, 33, 34, 39, 119, 212, 216, 246, 252, 281, 315.  
Verkehrstruppen: Militär-Eisenbahndirektion III. Fernspr.-Abteilungen Nr. 16 und 38. Feldfliegertruppe.  
Train: Fußtruppenkolonne Nr. 49 der 84. Inf.-Div. Festungs-Magazin-Fußtruppenkolonne der Feste Bogen.  
Infanterie-Munitionskolonnen Nr. 2 des Landwehrkorps. Kriegslazarett-Abt. Nr. 55 der Bugarmee.  
Reserve-Bekleidungsamt Rülheim a. d. Ruhr.

Die sächsischen Verlustliste Nr. 261 meldet Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 101, 102, 105, 108, 133, 134, 178, 179, 181, 182, 183, 351, 381; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 101, 103, 104, 107, 133, 241, 243; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 106, 107, 133, 350; Feld-Maschinengew.-Büge Nr. 180. Erf.-Abt., Feldart.-Reg. Nr. 77; Feldart.-Abt. (F.) Nr. 192; Ballon-Abt.-Kompanie Nr. 97. Pionier-Bataillone Nr. 12, 22; Pionier-Kompagnien Nr. 183, 245; Landw.-Komp., 12. A.-K.; Minenwerfer-Komp. Nr. 234. Fernspr.-Doppelzug Nr. 205. Feldflieger-Truppen. Stappen-Munitionskolonnen Nr. 144. Sanitäts-Komp. Nr. 58. Kriegslazarett Nr. 1, 12. A.-K.; Feldlazarett Nr. 5 und 7. 19. A.-K. Train-Abt. Nr. 12; Ref.-Vadereit-Kolonnen Nr. 1, 12. Ref.-A.; Pferde-Depot Nr. 1, 19. A.-K.; Zimmobilien-Pferde-Lazarett, 19. A.-K. Armierungs-Bataillone Nr. 21, 23. Armierungsarbeiter.

## Parteiveranstaltungen.

**Friedrichshagen.** Der Bildungsausschuss veranstaltet am Sonntag, den 12. März, in Verdes Bürgerklub, Friedrichstr. 112: Drei Vorträge mit Lichtbildern. Nachmittags 4 Uhr: Märchen-Vorstellung. Zur Vorführung kommen: „Hans im Glück“, „All Gullenspiegel“, „Aus Erdmännlein-Klaufe“, „Die Heinzhühnchen“. — Abends 8 Uhr nur für Erwachsene: „Die Kriegsvorkämpfer in weiten und die Arbeiter“. Vortrag vom Deutschen Holzarbeiterverband.

Der Vortrag II in zwei Teile gegliedert und umfasst etwa 100 Lichtbilder. Im 1. Teil wird gezeigt: „Unsere Feldgrauen in den Schützengräben“ usw. „Die Wirkung des Geschützeneuers“, „Kunst und Kultur der am Krieg beteiligten Nationen“. Im 2. Teil: „Fortschritt der ärztlichen Kunst auf dem Gebiete der Chirurgie und Orthopädie“, „Sehnen-, Nerven- und Knochenheilungen“ usw. Eintrittsgeld wird für beide Vorträge nicht erhoben. Die Mitglieder der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen und deren Familienangehörigen werden gebeten, sich zahlreich daran zu beteiligen.

**Allgemeine Familienherbelle.** Sonntag, den 12. März: Zahl- und Aufnahmezeit von 3-6 Uhr im Restaurant Gertrudstr. 12/13, und Sonnabend, den 18. März, im Waldau („Waldauer Hof“) von 4-5 1/2 Uhr.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende Okt. S. IV. Col rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Aufsatz und eine Zahl als Werkstätten beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbestätigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in der Sprechstunde mit.

**Fr. 3. 500.** Kann im Briefkasten nicht beantwortet werden. Geben Sie Ihre Adresse an.

**Radife.** Sie sind zu der Zahlung verpflichtet. — **W. 6. 11. 1. Rein.** 2. Sie können wegen dieser Verletzung Klage wegen Verletzung gegen ihn anstrengen, müssen aber vorher beim Schiedsrichter die Abhaltung eines Schlichtertermins beantragen. 3. Rein. — **G. 8. 107.** Die Unterstufung kann in diesem Fall verweigert werden, da die Bedürftigkeit nicht als vorliegend erachtet wird. — **G. R. 6. 1001.** 1. Sie können innerhalb 4 Wochen nach Zustellung des Urteils noch Berufung gegen das Urteil bei der höheren Gerichtsstanz einlegen. Wir kennen zwar den näheren Sachverhalt nicht, glauben aber nach Ihrer Mitteilung, daß eine Berufung wenig Aussicht auf Erfolg haben wird. 2. Da Sie die einstweilige Verfügung erst am 1. September erwirkt haben, können Sie höchstens die Unterstufung für den Monat September nachgeholt verlangen. — **Ein Abonnent 15.** 1. Die Krankenkasse kann zu irgendwelcher Leistung nicht verpflichtet werden, da Ihre Frau nur 23 Wochen Mitglied war. 2. Es wäre nicht eine Klage, sondern Beschwerde bei dem Versicherungsamt einzureichen. Diese Beschwerde ist aber völlig aussichtslos. — **H. 6. 83.** 1. Rein. 2. Sie können den Antrag gestellt. 3. 150 M. — **B. 2. 47.** Zungenleiden; gurgelgeleitet. — **C. 23. 99.** 1. Das wird durch die Gebärdensprache für Nichtgehörte bestimmt. 2. Das kommt auf die mit dem Anwalt getroffene Vereinbarung an, die Verteilung vor dem Schlichtergericht wird geschlichtet bis zu 50 M. berechnet, dazu kommen dann noch die Schreibgebühren und Portoauslagen. 3. Die Befreiung von der Steuer für ein Quartal wird Ihnen sicher zugestimmt werden. Beantragen Sie für das nächste Quartal Befreiung.

## Eingegangene Druckschriften.

**Kriegs- und Heimat-Chronik.** Bd. 1. Von August 1914 bis Juli 1915. Von Dr. F. Raumann und Dr. Gertrud Bäumer. 5 M., geb. 6 M. — G. Rechner, Berlin W 10.  
**Karte von Albanien.** 85 Pf. — G. Freitag u. Berndt, Wien 7.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittig.** Vorwiegend kühe und etwas neblig, mit weitverbreiteter, besonders im Süden vielfach starken Niederschlägen. Temperatur um den Gefrierpunkt schwankend.

## Todes-Anzeigen

**Verband der Lithographen, Steindruckere u. verwandten Berufe** (Deutscher Senefelder-Bund).

**Nachruf.** Hierdurch teilen wir unseren Mitgliedern mit, daß folgende Kollegen verstorben sind:

**Bruno Rüdiger** (Photograph) am 14. Februar 1916 im Alter von 27 Jahren an Lungenleiden;

**Artur Stahl** (Reloucheur) am 28. Februar 1916 im Alter von 45 Jahren an Magenkrebs.

Ein ehrendes Andenken werden wir ihnen bewahren!  
10870 Die Verwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.** Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter

**Karl Hering** am 7. März im Alter von 24 Jahren verstorben ist.

Ehrendem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Stahnsdorf aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter

**Hermann Meyer** von der Firma Gesellschaft für drahtlose Telegraphie am 6. März im Alter von 29 Jahren verstorben ist.

Ehrendem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuföhner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
6274 Die Bezirksverwaltung.

Am Montag abend verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann

**Hermann Meyer** im noch nicht vollendeten dreißigsten Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt an  
**Minna Meyer** nebst Sohn Alfred.

Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 11. März, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 1148

## Sozialdemokratischer Wahlverein Mariendorf.

Am Sonntag, den 5. März, verstarb nach kurzem Leiden im 24. Lebensjahre an Gehirnschlag unser Mitglied, Schülerin

**Helene Sopp,** Kochstraße 32.

Ehrendem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Mariendorfer Kirchhofes aus statt.  
194/19 Der Vorstand.

## Zum Sterbetage

meines innigstgeliebten unvergeßlichen Mannes und guten Vaters, Sohnes, Bruders und Schwagers, des Wehrmanns 178

**Friedrich Pohrte** gefallen am 10. März 1915.

Vor einem Jahr, da nahm der Weltkrieg uns unser höchstes Glück, Du mein geliebter Mann und Vater kehrt nimmermehr zurück. Verlassen bin ich und die Deinen, die in der Heimat bittere Tränen um Dich weinen.

Hier von der Heimat in Feindesland, da ruht Du, lieber Fritz, Dich schmächt keine Hand, drum schmächt ich Dein Bild hier im Iden Heim, als soll es Dein Grab am Baldersrand sein.

Allen zu sein, drei Worte leicht zu sagen, und doch so schwer, unendlich schwer zu tragen. O Schicksalsmacht, noch sah ich's kaum. Wo bist du hin mein schönster Traum.

In trauriger Erinnerung Deine Dich nie vergessende Gattin  
**Fran Mathilde Pohrte** und Tochter Gertrud.

Am 8. März entschlief sanft nach langem, schweren Leiden mein lieber Mann

**Albert Traute** im 66. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt an  
**Witwe Wanda Traute** nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Emmanuels-Kirchhofes, Neuföhner Weg, aus statt.

## In Freien Stunden

Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Am 8. März 1916 verstarb nach schwerem Leiden unser lieber Kollege

**Hermann Meyer.** Ehre seinem Andenken!

Die Kollegen und Kollegen der Telefunken-Gesellschaft, Tempelhofer Ufer 9.

Beim Sturmangriff fiel am 23. Februar unser Bezirksoffizier

**Hugo Denzer.** Ein dauerndes Andenken bewahren ihm 3746

Die Genossen des 39. Bezirks des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin. Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Rungestraße 30.

## Bezirks-Versammlungen

der **Einiefer** Sonntag den 12. März 1916, vormittags 10 Uhr, in folgenden Lokalen:

- Bezirk 1: Kleine Andreasstr. 10 bei Krugmann.
- 2: Koppenhagener Str. 71 bei Giesche.
- 4: Neustöck, Rosenstr. 24 bei Schenk.
- 5: Güllostr. 58 bei Wiemers.
- 6: Stallter Str. 59 bei Mix.
- 7: Charlottenburg, Wielandstr. 4 bei Thunack.
- 8: Matplaquetstr. 33 bei Ullrich.

## Branchen-Versammlung

der **Rüchennöbel-Tischler** am Montag, den 13. März 1916, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Stein, An der Stralauer Brücke 3.

Tagesordnung: Bericht der Kommission. Stellungnahme zur Generalversammlung.

## Versammlung der Delegierten

aus den Bezirken 6sten I, II, III, Nordosten, Gestliche Vororte, Möbelpolierer und Maschinenarbeiter am Dienstag, den 14. März 1916, abends 8 Uhr, im Lokal „Pfefferberg“ (früher Riebeck), Frankfurter Allee 312.

Tagesordnung: 1. Besprechung der Anträge zur Generalversammlung. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

## Achtung!

Die Zahlstelle 16 wird vom Sonnabend, den 11. März, von Wildner, Friedrich-Karl-Str. 9/10, nach Friedrich-Karl-Str. 34 bei Köhn verlegt.

Am 15. März wird die Zahlstelle 48 von der Holzmarktstr. 21 nach „Stadens Bierhaus“, Michaelkirchstraße 24, an der Michaelbrücke, verlegt.

Die Crüderverwaltung.

## Haben Sie Fußbeschwerden?

empfehle nach Maß passende gearbeitete Stützeinlagen sowie Bruchbandagen aller Art, Leibsbinden, Stützcorsets usw., Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege.

**Paul Nadoll** nach kurzem, schwerem Krankenlager im Lazarett zu Königsberg verstorben ist.

Frense Nadoll u. Tochter Erna. Die Beerdigung findet in Königsberg i. Pr. statt. 3738

**Pollmann, Bandagist,** Berlin N, Lothringer Str. 60, Lieferant für Krankenkassen.



Denk! an uns sendet **Galem Aleikum Galem Gold** Zigaretten

Willkommenste Liebesgabe!  
Preis № 3 1/2 4 5 6 8 10  
3 1/2 4 5 6 8 10 Dfgd. Stck.  
20 Stck. feldpostmässig verpackt portofrei!  
50 Stck. feldpostmässig verpackt 10 Pf. Porto!  
Orient. Tabak- u. Zigarettenfabr. Yenidze Dresden  
Jnh. Hugo Zietz, Hoflieferant S.M. Königs v. Sachsen

**Trustfrei!**

## Wichtig für Herren!

Während des Krieges gibt Erste Herrenkleiderfabrik Anzüge, Paletots, Ulster fertig und nach Maß im Einzelverkauf vom grossen Fabriklager ab. Verkaufszeit 10-6. Sonnabends 10-8. Sonntags 12-2. Holkenmarkt 7/8 IV. Fahrstuhl.